



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2013

David, Sarah

**Korruption, organisiertes
Verbrechen und Demokratie
in Mexiko**

Bachelorarbeit bei
PD Dr. Christian Schwaabe
SoSe 2013

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	3
2	Das Konzept der „embedded democracy“	7
	2.1 Die <i>defekte Demokratie</i>	10
	2.2 Subtypen	11
3	Systemtransformation	13
	3.1 Mexikos Transformation	16
	3.2 Die Herrschaft der PRI (1929-2000)	17
	3.3 12 Jahre PAN und der Anfang vom Ende?	22
4	Mexiko als „illiberale Demokratie“	24
	4.1 Korruption	27
	4.2 Rule of Law	29
	4.3 Drogenökonomie und organisiertes Verbrechen	31
	4.3.1 Wirtschaftliche und soziale Aspekte	34
	4.3.2 Der mexikanische „Drogenkrieg“	35
5	Fazit	38
	Literaturverzeichnis	41
	Eigenständigkeitserklärung	48

Abkürzungsverzeichnis

AI	Amnesty International
AMLO	Andrés Manuel López Obrador
BTI	Bertelsmann Transformation Index
CNDH	Comisión Nacional de los Derechos Humanos [Nationale Menschenrechtskommission]
EPN	Enrique Peña Nieto
EZLN	Ejército Zapatista de Liberación Nacional [Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung]
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
HRW	Human Rights Watch
IFE	Instituto Federal Electoral [Nationales Wahlinstitut]
NAFTA	North American Free Trade Agreement
PAN	Partido Acción Nacional [Partei der Nationalen Aktion]
PRD	Partido de la Revolución Democrática [Partei der demokratischen Revolution]
PRI	Partido Revolucionario Institucional [Partei der Institutionellen Revolution]

1 Einleitung

„Illegale Drogenwirtschaft, Korruption und die Übernahme des Staates durch die organisierte Kriminalität sind gegenwärtig dominierende Vorstellungen in Bezug auf Mexiko; für manche sind dies Symptome eines gescheiterten Staates (Failed State), der nicht mehr in der Lage ist, für den Bürger grundlegende Dienstleistungen wie Sicherheit und Wohlfahrt bereitzustellen“ (Maihold 2012: 5).

Es vergeht nur selten ein Tag, an dem nicht über die Grausamkeiten des nun seit 2006 andauernden „Drogenkrieges“ und andere, zum Alltag gewordene, Menschenrechtsverletzungen in Mexiko berichtet wird. Als das Ende des 70-jährigen autoritären Regimes der PRI im Jahr 2000 zur Demokratisierung Mexikos führte, waren die Hoffnungen auf einen wahren Wandel der mexikanischen Politik groß. Die junge Demokratie befindet sich allerdings in einer kritischen Phase ihrer Transition¹ und macht als Transitland für den interamerikanischen Drogenhandel vor allem mit Negativschlagzeilen auf sich aufmerksam. Der innerstaatliche Konflikt zerrüttet ein Land, welches seit der Kolonialisierung mit politischen Querelen zu kämpfen hat. Tagtäglich begeht der Staat aktiv und passiv Menschenrechtsverletzungen. Die Folgen sind Hilflosigkeit, Wut und tausende Todesopfer. Die schwierige Quellenlage lässt es nicht zu, eine genaue und verlässliche Aussage über die Zahl der bisherigen Opfer des „Drogenkrieges“ zu treffen. Lag die Zahl der Todesopfer im Jahr 2006 noch bei ca. 10.000, so geht man davon aus, dass die Gewalteskalation insgesamt (Stand 2012) ungefähr 50.000 Leben gekostet hat (Trelles/ Carreras 2012: 91). Im Jahr 2011 wurden 12.366 Morde registriert und der Trend scheint erstmalig in Richtung Stagnation zu gehen (The Economist 2012). Doch die hohe Mordrate ist nicht die einzige negative Auswirkung des Drogenkrieges, sondern der Einfluss der davon Profitierenden ist omnipräsent und behindert dabei insbesondere die nachhaltige Herausbildung demokratischer Strukturen.

“The main danger to democracy comes from the drug and other cartels. [...] They are using their financial resources to infiltrate political spheres, and have outright bought some local government candidates. They are thus a double danger for democracy: directly, as they are infiltrating party politics and indirectly because the violence and presence of the army in the streets dampens collective action” (BTI 2012b: 31).

Die Kartelle und Strukturen der organisierten Kriminalität unterwandern den Rechtsstaat und legen damit Schwächen der Demokratie offen. Die Folgen des wachsenden Marktes für die „Güter und Dienstleistungen“ der Kartelle sind neben der menschlichen Tragödie auch

¹ Transition bezeichnet „den Übergang von autokratischen zu demokratischen Systemen“ (Merkel 2010: 66).

der Anstieg des BIPs und eine Verschiebung der Machtgefüge innerhalb des Staates. Die Perzeption dieser Ereignisse spiegelt sich in der (vor allem US-amerikanisch geprägten) Annahme wieder, dass die mexikanische Regierung dabei ist, die Kontrolle über ihr Land bzw. Teile des Landes zu verlieren². Die Lage ist sehr ernst und dennoch sollten Urteile über die Kontrollfunktion des Staates nicht übereilt getroffen werden. Zwar haben einige externe Faktoren das Entstehen der Drogenökonomie und ihrer kriminellen Strukturen begünstigt, doch interne strukturelle und institutionelle Probleme haben sicherlich auch ihren Beitrag geleistet. Die Frage, ob Mexiko noch eine Demokratie ist oder etwa in das Cluster *failed state* gerutscht ist, kann hier schon beantwortet werden: Mexiko ist eine Demokratie. Allerdings keine perfekte, sondern eine mit Schwächen und Defekten.

In dieser Arbeit gehe ich der Frage nach, in welchem Verhältnis Demokratie, Korruption und organisiertes Verbrechen in Mexiko zueinander stehen. Ausgehend von dem Theorem der *embedded democracy* lässt sich Mexiko im Rahmen des Konzepts der *defekten Demokratie* einem Subtyp zuordnen und wird gemeinhin als illiberale Demokratie verstanden, welche in der Phase der Transition stehen geblieben ist. Nach 70 Jahren Autokratie und der Etablierung eines von der PRI geprägten, klientelistischen³ Herrschaftssystems ist die Demokratie aufgrund von fehlenden institutionellen Reformen in den Kinderschuhen steckengeblieben. Ausgehend von der genannten Einordnung sind die größten Defekte im Bereich der Rechtsstaatlichkeit zu finden. Hieraus ergeben sich auch die Analysekatoren der empirischen Untersuchung. Ein Blick auf die historische Entwicklung der Institutionen und auf die Wandlung des mexikanischen Staates soll verdeutlichen, warum das *organisierte Verbrechen* nicht als rein externe, demokratie-schädigende, Komponente verstanden werden kann. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die Entstehung des Drogenkonflikts durch die Schwächen der Rechtsstaatlichkeit begünstigt worden ist.

Betrachtet man die Daten von verschiedenen Demokratieindizes wie *Freedom House*, dem *Bertelsmann Transformationsindex*, dem *Democracy Index* oder den *Worldwide Gover-*

² Siehe: „In November 2008, the United States (U.S.) military’s Joint Forces Command issued a warning that Mexico might collapse: “the government, its politicians, police, and judicial infrastructure are all under sustained assault and pressure by criminal gangs and drug cartels” (Yeh 2002: 233). Außerdem gibt es Autoren die von einer „Narco-Demokratie“ reden und Mexiko in einem Zustand zwischen Autokratie und Demokratie sehen und es als sogenannte Anokratie beschreiben (Velasco 2005: 103).

³ Die hier verwendete Definition „bezeichnet Klientelismus als informelle Beziehung gegenseitiger Abhängigkeit zwischen zwei Akteuren (Individuen oder Gruppen), die über verschiedene Ressourcen verfügen, die sie nutzen, um sich gegenseitig einen Vorteil zu verschaffen“ (Schröter 2010: 259).

nance Indicators der Weltbank, so zeichnet sich ein sehr heterogenes Bild der Verortung Mexikos in einem Systemcluster ab. Die Gemeinsamkeit aller liegt in der Anerkennung Mexikos als Demokratie, jedoch existieren jeweils unterschiedliche Demokratiedefinitionen. Nach dem *Freedom House Index* ist Mexiko auch nach der 2000 vollzogenen Transition im Jahr 2013 nur „partly free“⁴ (Freedom House 2013: 15). Zwar wird Mexiko hier als *elektorale Demokratie* eingestuft, jedoch eignen sich die Daten zur Analyse nach den Grundlagen der folgenden Theorie nur bedingt. Denn: „Gemessen wird der Grad an Verwirklichung von Freiheitsrechten von Personen in zwei Dimensionen – den genannten politischen Rechten und den bürgerlichen Freiheiten“ (Croissant 2010: 101). Nach Angaben des *Democracy Index* der Zeitung *The Economist* (2013: 4) ist Mexiko eine sogenannte „flawed democracy“⁵. Die Analysegrundlagen sind neben „electoral process and pluralism; civil liberties; the functioning of government“ auch „political participation; and political culture“ (The Economist 2013:1). Laut dem *Polity IV Global Report 2011* befindet sich der Norden Mexikos im Zustand der sogenannten „serious warfare“⁶ (Marshall/ Cole 2011: 5). Trotzdem hat Mexiko laut diesem Index Fortschritte in der Demokratisierung gemacht und kann heute als Demokratie bezeichnet werden (Idem: 11). Die Klassifizierung nach dem *Bertelsmann Transformation Index* eignet sich besonders gut für die nachfolgende Analyse. Der BTI wurde entwickelt, „um die Transformation zur Demokratie und zur sozial-verfassten Marktwirtschaft sowie die Qualität der politischen Gestaltung dieser Transformation zu erfassen“ (Schmidt 2010: 387). Gemäß den Angaben des *BTI* wird Mexiko als eine defekte Demokratie mit „functional flaws“ eingestuft (BTI 2012c). Auch wenn hier von einer „konstitutionellen Demokratie“ ausgegangen wird, so eignet sich dieser Index jedoch in besonderer Weise für diese Arbeit, da man

⁴ „A Partly Free country is one in which there is limited respect for political rights and civil liberties. Partly Free states frequently suffer from an environment of corruption, weak rule of law, ethnic and religious strife, and a political landscape in which a single party enjoys dominance despite a certain degree of pluralism“ (Freedom House 2013: 3).

⁵ „These countries also have free and fair elections and even if there are problems (such as infringements on media freedom), basic civil liberties will be respected. However, there are significant weaknesses in other aspects of democracy, including problems in governance, an underdeveloped political culture and low levels of political participation“ (The Economist 2013: 28).

⁶ *serious warfare* wird wie folgt definiert: „Available technologies of destruction are at a lower level and/or applications remain limited; challenger groups’ authority, discipline, and objectives are often diffuse and/or indistinct. Areas affected by warfare may be extensive but the intensity and the effects are limited, otherwise, warfare is confined to distinct areas and/or periods of time. If armed conflict is protracted, long periods of dormancy will be punctuated by sporadic operations (re)establishing opposing group boundaries. Population dislocations may exceed one hundred thousand in affected regions; deaths range from fifty thousand to one hundred thousand“ (Marshall 2001: 8).

nur Länder untersucht, welche sich noch im Status der Demokratietransition⁷ befinden und die Vorgehensweise der Einordnung dem der *embedded democracy* ähnelt (Croissant 2010: 101). Ferner können die sehr breit angelegten Analysekategorien (u.a. *stateness*, *rule of law* und *stability of political institutions*) zur späteren Ausdifferenzierung hilfreich sein (BTI 2012a: 15). Demzufolge lässt sich die Analyse des BTI sehr gut mit dem Konzept der defekten Demokratie und der ihr immanenten Subtypen verbinden. „Das Konzept der defekten Demokratie gestattet es, die Grauzonen zwischen liberalen Demokratien und autokratischen Systemen zu erhellen und typologisch zu strukturieren“ (Croissant 2010: 111). Zwar sind die Grenzen zu Autokratie in einigen Fällen nicht so leicht abzustecken, jedoch ist die Abgrenzung zu einer „formal-demokratischen Fassade“ dank eines Kriterienkataloges eindeutig (Merkel u. a. 2003: 65). Mexiko kann heute als illiberale Demokratie bezeichnet werden – die Lasten der vordemokratischen Zeit beeinträchtigen jedoch das Modernisierungsprojekt.

“Mexico is living through a time of political uncertainty. The democracy so recently achieved appears weak before the threat of organized crime, powerless before the political strength of the old union and peasant corporate organizations, unable to produce an efficient government, and captured by political parties that make instrumental use of democratic institutions for the sake of their own private interests” (Olvera 2010: 79).

Ausgehend von der Annahme, dass die Transformation Mexikos durch fehlende institutionelle Reformen von einer zivilen Autokratie hin zu einer Demokratie den Staat geschwächt hat, werde ich die Verbundenheit von defekten Demokratien und dem Verlauf der Systemtransformation zum besseren Verständnis heranziehen. Hierzu ist ein historischer Rückblick auf die 70-jährige Herrschaft der autoritären Partei *PRI* notwendig.

Im ersten Teil (Kapitel 2) dieser Arbeit werde ich den theoretischen Analyserahmen der *embedded democracy* und die damit einhergehende Konzeption darstellen. Nachfolgend (Kapitel 3) wird die Theorie der **Systemtransformation** kurz veranschaulicht und am Beispiel von Mexiko eine Überprüfung der einzelnen Phasen vorgenommen. Hierbei wird ein Blick auf die institutionelle Entwicklung zur Erklärung herangezogen. Im empirischen Teil der Arbeit (Kapitel 4) wird die in der *defekten Demokratie* aufgeworfene Analysekategorie der Rechtsstaatlichkeit in die Bereiche **Korruption**, „**rule of law**“ und **organisiertes Verbrechen** aufgefächert und empirisch untersucht.

⁷ „BTI countries are selected according to the following criteria: They have yet to achieve a fully consolidated democracy and market economy, have populations of more than two million (excepting eight states chosen as particularly interesting cases), and are recognized as sovereign states“ (BTI 2012a: 4).

Es fehlen die nötigen statistischen Daten und der Raum, um hier auch die möglichen Ursachen der Gewaltwelle zu betrachten. Vielmehr soll aufgezeigt werden, dass ein Zusammenhang zwischen der angeschlagenen mexikanischen Demokratie und der Gewalt beziehungsweise der Korruption besteht und dass, hingegen der weitläufigen Annahme, der „Drogenkrieg“ nicht als rein externe Gefahr der jungen Demokratie gesehen werden kann, und dass etwaige Lösungsansätze im politischen, beziehungsweise gesellschaftlichen, Rahmen zu finden sind.

2 Das Konzept der „embedded democracy“

Unter „**embedded democracy**“ versteht man Demokratie als ein Gefüge aus Teilregimen, welche sich gegenseitig bedingen (Merkel u. a. 2003: 48). „Diese Teilregime enthalten charakteristische Komplexe von interdependenten Normen und Regeln, die jeweils Voraussetzungen für das Funktionieren der Demokratie darstellen“ (Croissant 2010: 95). Die definitorische Grundlage dieses Demokratiebegriffs baut auf dem „polyarchischen Minimum“ von *Robert A. Dahl* auf (Garrido 2003: 5)⁸.

*„Suppose, then, that we think of democratization as made up of at least two dimensions: **public contestation and the right to participate**“ (Dahl 1971: 5).*

Laut Dahl gibt es keinen Staat weltweit, welchen man als die ‚perfekte Demokratie‘ bezeichnen könnte. Deshalb entwarf er das *Polyarchie*-Konzept⁹, welches die genannten Eigenschaften als Minimalkriterium fordert. Jenes Theorem sah es jedoch nicht vor, eine weitere Ausdifferenzierung in der Grauzone zwischen Autokratien und Demokratien vorzunehmen: „the absence of names partly reflects the historic tendency to classify regimes in terms of extreme types; it also reflects my own desire to avoid redundant terminology“ (Dahl 1971: 8). Dahls Theorie weist demnach eine Schwachstelle an der Unterscheidung zwischen autoritären und demokratischen Systemen auf, weshalb sie in der „eingebetteten Demokratie“ um „Elemente des liberalen Konstitutionalismus und des Rechtsstaats“ erweitert wird, um dann

⁸ Vgl.: „1. Freedom to form and join organizations, 2. Freedom of expression, 3. Right to vote, 4. Eligibility for public office, 5. Right of political leaders to compete for support, 5a. Right of political leaders to compete for vote, 6. Alternative sources of information, 7. Free and fair elections, 8. Institutions for making government policies depend on votes and other expressions of preference“ (Dahl 1971, S. 3).

⁹ Vgl.: „I assume that a key characteristic of a democracy is the continuing responsiveness of the government to the preferences of its citizens, considered as political equals“ (Dahl 1971: 1). „In this book I should like to reserve the term ‘democracy’ for a political system one of characteristics of which is the quality of being completely or almost completely responsive to all its citizens“ (Dahl 1971: 2).

als „Basismodell demokratischer Regime“ zu dienen (Croissant 2010: 95). Nichtsdestotrotz kann so eine Minimaldefinition als Basis für weitere Analysen geeignet sein, da sie davor schützt, „das Demokratiemodell unnötig normativ zu überfrachten“ (Lauth 1997: 36).

Die „eingebettete Demokratie folgt der Idee, dass stabile rechtsstaatliche Demokratien doppelt eingebettet sind“ (Merkel 2010: 30). Sie setzen sich aus einzelnen Teilregimen zusammen, welche intern durch ein Zusammenspiel von „Interdependenz und Independenz ihren normativen und funktionalen Bestand sichern“ (Merkel 2010: 30). Von außen wird die Demokratie durch einen Schutzmantel, welcher die Teilregime einbettet, vor Angriffen auf die Stabilität geschützt. Dieser wird als ein Gefüge aus Einbettungsringen verstanden, welche zwar keine determinierenden Eigenschaften der Demokratie selbst darstellen, jedoch die Qualität dieser verbessern oder verschlechtern können (Merkel 2010: 35). „Die wichtigsten externen Einbettungsringe sind sozioökonomischer Kontext, Zivilgesellschaft und internationale wie regionale Integration“ (Merkel 2010: 35).

Ausgangspunkt ist also die kategorische Unterscheidung zwischen Demokratie und Autokratie (Merkel u. a. 2003: 37). Hierbei sind die unabdingbaren Komponenten die Garantie der Zivilrechte (wie Rede-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit) sowie das allgemeine Wahlrecht innerhalb einer fairen und kompetitiven Wahl (Collier/ Levitsky 1997: 434). Ferner wird vorausgesetzt, dass das betroffene Regime als souveräner Territorialstaat bezeichnet werden kann, ein marktorientiertes Wirtschaftssystem vorhanden ist sowie „ein Mindestmaß an Säkularisierung der Gesellschaft“ existiert (Garrido 2003: 8). Im Zentrum der *embedded democracy* steht das **Wahlregime (A)**. Jenes setzt sich aus den zwei notwendigen Komponenten zusammen, welche den Zugang zur politischen Herrschaft erst regeln: das universelle, aktive und passive Wahlrecht sowie die Ausführung von freien, allgemeinen, geheimen und fairen Wahlen (Merkel/Croissant 2000: 9; Merkel u. a. 2003: 50). Darüberhinaus nimmt es eine zentrale Funktion im Konzept der „eingebetteten Demokratie“ ein, „da die offene Konkurrenz um die zentralen Herrschaftspositionen die kardinale Differenz zur Autokratie darstellt“ (Croissant 2010: 95). Ein weiteres Teilregime bilden die **politischen Teilhaberechte (B)**. Dahl hatte dieses Kriterium schon vor Merkel formuliert. Er spricht von der Notwendigkeit von ‚*public contestation*‘ sowie ‚*inclusiveness*‘ (Dahl 1971: 4), also von *politischen Teilhaberechten* und dem Wettbewerb um politische Ämter. „Den institutionellen Kern der öffentlichen Arena bilden die Rechte politischer Kommunikation und Organisation“ (Merkel u. a. 2003: 51; Vgl.: Croissant 2010: 95). Damit wird zum einen die uneingeschränkte

Gültigkeit von Rede-, Presse-, und Organisationsfreiheit vorausgesetzt, und zum anderen die Existenz einer heterogenen Presselandschaft impliziert (Merkel u. a. 2003: 51). In einer Einheit mit dem Wahlregime bilden sie die vertikale Demokratiedimension und fördern „ein responsives Regieren, indem die „harte“ periodische Kontrolle durch Wahlen von der „weichen“, aber stetigen Kontrolle durch die Öffentlichkeit zwischen den Wahlen ergänzt wird“ (Merkel 2010: 32). Des Weiteren ist die Rede von **bürgerlichen Freiheitsrechten (C)** als Teilregime. Für eine funktionierende liberale Demokratie wird Rechtsstaatlichkeit und *rule of law*¹⁰ vorausgesetzt. „Auf eine einfache Formel gebracht, meinen sie das Prinzip, dass der Staat an das geltende Recht gebunden ist und auf der Grundlage klar definierter Kompetenzen und rechtlicher Räume agiert“ (Merkel u. a. 2003: 52). Das schließt die Unabhängigkeit der Gerichte ein (Croissant 2010: 95) und setzt die konstitutionelle Gewaltenverschränkung als Existenzminima der modernen Demokratie voraus (Merkel u. a. 2003: 53). Außerdem muss die Aufrechterhaltung und Unantastbarkeit der negativen Freiheitsrechte gewährleistet sein. Diese „individuellen Schutzrechte gewähren den rechtlichen Schutz von Leben, Freiheit und Eigentum [...], im Besonderen auch gegen ungerechtfertigte Verhaftung, Ausweisung, Terror, Folter und unerlaubte Einmischung in das persönliche Leben der Bürger durch den Staat oder durch private Kräfte und Akteure“ (Merkel u. a. 2003: 53). Gerade dieser Aspekt wird in meiner weiteren Analyse eine herausragende Rolle spielen.

Die **Horizontale Gewaltenkontrolle (D)** ist für die Überprüfung des rechtmäßigen Regierens notwendig (Merkel u. a. 2003: 54). „In institutionalized democracies, accountability runs not only vertically, making elected officials answerable to the ballot box, but also horizontally, across a network of relatively autonomous powers (i.e. other institutions) that can call into question, and eventually punish, improper ways of discharging the responsibilities of a given official“ (O'Donnell 1994: 61). Im Zusammenspiel mit der Garantie der bürgerlichen Freiheitsrechte kann nur eine Gewaltenverschränkung gewährleisten, dass die vom Volk gewählten Machtinhaber dieses Vertrauen nicht missbrauchen (Croissant 2010: 96). Croissant definiert zur Gewährleistung unter anderem noch folgende Faktoren: „die Gesetzesbindung staatlicher Akte“, „die Bindung der Rechtsetzung an den Allgemeinheitsgrund-

¹⁰ Rule of law wird nach den Vereinten Nationen wie folgt definiert: „It refers to a principle of governance in which all persons, institutions and entities, public and private, including the State itself, are accountable to laws that are publicly promulgated, equally enforced and independently adjudicated, and which are consistent with international human rights norms and standards. It requires, as well, measures to ensure adherence to the principles of supremacy of law, equality before the law, accountability to the law, fairness in the application of the law, separation of powers, participation in decision-making, legal certainty, avoidance of arbitrariness and procedural and legal transparency“ (UNSC 2004: 4).

satz“ sowie „die inhaltliche und formale Fixierung der Regeln des Gesetzgebungsverfahrens und die Bindung desselben an die Beachtung von Grundrechten“ (Croissant 2002: 28). Das letzte Teilregime wird als **effektive Regierungsgewalt (E)** bezeichnet. Verliert der Staat die Kontrolle über bestimmte Politikbereiche an dritte Akteure, so wird ein wichtiger Bestandteil der *embedded democracy* verletzt (Merkel u. a. 2003: 55). Oftmals übernehmen außerkonstitutionelle Akteure, wie zum Beispiel das Militär oder Guerillatruppen, Machtbereiche und beschränken so die effektive Regierungsgewalt der vom Volk gewählten Regierung (Merkel u. a. 2003: 55; Croissant 2002: 38 ff.). Jenes Phänomen kann auch als Unterwanderung der demokratischen Ordnung und als Unterdrucksetzung der Regierung verstanden werden (Garrido 2003: 9). „Dies erstreckt sich sowohl auf die Existenz so genannter reservierter Politikdomänen [...], als auch auf die besondere Problematik einer unzureichenden zivilen Kontrolle über Militär und Polizei“ (Croissant 2010: 96).

*„The distinctive feature of diminished subtypes is that they generally identify specific attributes of democracy that are **missing**, thereby establishing the diminished character of the subtype, at the same time that they identify other attributes of democracy that are **present**“ (Collier/ Levintsky 1997: 438).*

Die Unterteilung in Teilregime ermöglicht der Demokratie einen größeren normativen Gehalt zuzusprechen und gleichzeitig bei der Einzelfallanalyse Defekte in einem Teilregime zu erkennen und sie auch systematisch zu verfolgen (Merkel 2010: 35). Im nächsten Kapitel soll deshalb eine Typologie der einzelnen Subtypen defekter Demokratie erfolgen, um Mexiko im anschließenden Analyseteil anhand der definierten Typen kategorisieren und einordnen zu können. Die sich herausbildenden Typen beschreiben eine nicht-konsolidierte Demokratie mit besonderen Eigenschaften.

2.1 Die defekte Demokratie

In „*Democracy with Adjectives*“ argumentieren Collier und Levintsky, dass eine Unterscheidung nach dem „root concept“ und den „diminished subtypes“ die Möglichkeit bietet, stärker zu differenzieren (1997: 438). Jene Idee hat sich die Forschergruppe um Merkel zu Nutzen gemacht und weiterentwickelt. Hierbei beruft er sich auf sie, indem er die „Strategien (1) der „Präzisierung“ des „Ursprungskonzepts“ und (2) der Bildung eingeschränkter Subtypen“ übernimmt (Merkel u. a. 2003: 37). Die *embedded democracy* fungiert demnach als das Basisdemokratiekonzept, während die „reduzierten Subtypen“ die noch zu präsentierenden Formen defekter Demokratie darstellen. **Defekte Demokratien** sind „solche Regime, in de-

nen der Prozess der demokratischen Konsolidierung nicht zu einer umfassenden Etablierung liberal demokratischer Verfahren und Institutionen, sondern vielmehr zu deren „perverser“ Institutionalisierung geführt hat“ (Merkel 2006: 13). Die entscheidende Differenzierung, zur einfacheren Unterscheidung zwischen Demokratie und Autokratie, ist die Anerkennung der Existenz von *Grauzonen*. „Defekte Demokratien sind ein Subtypus von Demokratie“ (Merkel u. a. 2003: 39). Hierbei handelt es sich also um Demokratien, welche zwar die zuvor genannten notwendigen Bedingungen erfüllen, aber in einer sekundären Kategorie Defekte aufweisen. Dementsprechend kann nach Merkel die folgende Definition von defekten Demokratien festgelegt werden:

„Sie sind Herrschaftssysteme, die sich durch das Vorhandensein eines weitgehend funktionierenden demokratischen Wahlregimes zur Regelung des Herrschaftszugangs auszeichnen, aber durch Störungen in der Funktionslogik einer oder mehrerer der übrigen Teilregime die komplementären Stützen verlieren, die in einer funktionierenden Demokratie zur Sicherung von Freiheit, Gleichheit und Kontrolle unabdingbar sind“ (Merkel u. a. 2003: 15).

Nachfolgend soll ein Überblick der Unterkategorien defekter Demokratie die spätere Einordnung vereinfachen. Zwar handelt es sich bei den jeweiligen Formen um „reine Typen“, also „Extremformen von Differenztypen“, welchen Demokratien in der Realität sehr selten entsprechen, aber sie dienen als Bezugspunkte für die Verortung (Merkel u. a. 2003: 69). Das Minimalkriterium der Volkssouveränität, als charakteristische und einzig geltende Legitimation der Herrschaft, muss in allen Subtypen erfüllt werden. In allen weiteren Punkten können jedoch Unterschiede auftreten. Für die Subsumierung ist das am stärksten beschädigte Teilregime ausschlaggebend (Idem).

2.2 Subtypen

Abbildung 1: Typen defekter Demokratien¹¹

Beschädigtes Teilregime	Beschädigte Dimension	Typ
A und B	Vertikale Legitimations- und Kontrolldimension	<i>Exklusive</i> Demokratie
C	Rechtsstaat	<i>Illiberale</i> Demokratie
D	Horizontale Kontrolldimension	<i>Delegative</i> Demokratie
E	Effektive Herrschaftsgewalt	<i>Enklavendemokratie</i>

¹¹ Tabelle nach Merkel u. a. (2003: 69).

Eine **exklusive Demokratie** zeichnet sich dadurch aus, dass einem Teil der Bevölkerung das Recht auf eine freie und faire Wahl verweigert wird (Merkel u. a. 2003: 70). Führt man den Begriff Demokratie auf das griechische *demos* zurück, so muss man die Bevölkerung als einen „Personenkreis, der durch das Kriterium der Staatsangehörigkeit rechtlich untereinander verbunden ist“ (Croissant 2010: 9) verstehen. Wird nun ein Teil dieses Staatsvolks exkludiert, oder „wird etwa das Prinzip freier und fairer Wahlen verletzt, impliziert dies eine Verzerrung der Partizipationschancen“ (Merkel u. a. 2003: 7). Außerdem liegt eine exklusive Demokratie dann vor, wenn einer Bevölkerungsgruppe „die faire Option auf den Erwerb der Staatsbürgerschaft generell vorenthalten wird“ (Merkel/ Croissant 2000: 9).

Das Kennzeichen der **illiberalen Demokratie** ist „die Suspendierung bestimmter bürgerlicher Freiheits- und Schutzrechte des Individuums“ (Merkel u. a. 2003: 70). Die Rechtsstaatlichkeit wird (beziehungsweise kann nicht) durchgesetzt werden, da die demokratischen Repräsentanten bürgerliche Rechte verletzen (Croissant 2010: 99). Die Missachtung oder Aushöhlung der Justiz resultiert in „einem ineffizienten Schutz der Individualrechte durch die Gerichte“ (Merkel/Croissant 2000: 12). Sobald ein Staat aktiv die Rechte seiner Bürger (zu Teilen) verletzt oder nicht in der Lage ist, seiner Schutzfunktion (die Verletzung dieser Rechte durch Dritte zu unterbinden und zu präventiveren) nachzukommen, so ist die Demokratie im Teilbereich des Rechtsstaats defekt. Außerdem fehlt die Selbstbindung der Regierung an konstitutionelle Normen (Merkel 2010: 37). „Während die Kriterien delegativer Demokratien im Kern ‚nur‘ abgeleitete konstitutionelle Zusatzsicherungen im Rahmen repräsentativ verfasster moderner Herrschaft verletzen, zielt die Defektlogik illiberaler Demokratien direkt auf das Grundprinzip der citizenship“ (Merkel u. a. 2003: 70). Auch wenn die beiden Teilbereiche Überschneidungen aufweisen, so ist das *core feature delegativer Demokratien* die Aushebelung oder Unterwanderung der wechselseitigen Gewaltenteilung. „Konstitutionelle Sicherungen, die in liberalen Demokratien die Aufrechterhaltung der balancierten politischen Repräsentationskette gewährleisten, sind (teilweise) außer Kraft gesetzt“ (Croissant 2010: 99). Außerdem können die Umgehung des Parlaments sowie ein „extrakonstitutionelles“ Einwirken auf die Justiz Ausprägungen des Defekts sein (Merkel u. a. 2003: 71).

Die vierte und letzte Form defekter Demokratien wird als **Enklavendemokratie** bezeichnet. Wird der demokratisch gewählten Regierung in einigen Politikdomänen oder Regionen die Verfügungs- und Entscheidungsgewalt entzogen, „so bilden sich innerhalb des demokratischen Regimes territoriale und/oder funktionale Enklaven“ (Croissant 2002: 34).

Meistens geschieht das durch sogenannte „Vetomächte“ wie „etwa Militär, Guerilla, Milizen oder multinationale Konzerne“ (Merkel/ Croissant 2000: 10). Die Übernahme jener *reserved domains* kann auf gewaltvolle Weise erzwungen oder aber auch konstitutionell institutionalisiert werden, „indem beispielsweise dem Militär reservierte Einflussbereiche und Entscheidungsprärogativen bereits in der Verfassung eingeräumt werden“ (Merkel u. a. 2003: 71). Besetzen Guerilla- oder Militärgruppen jedoch bestimmte Gebiete oder erreichen sie die Machtkontrolle durch Gewaltandrohung, spricht man von einer außerkonstitutionellen Okkupation (Idem). „Sie kann jedoch auch verfassungskonform erfolgen bzw. abgesichert sein, indem beispielsweise dem Militär schon in der Verfassung Prärogativen eingeräumt werden“ (Croissant 2010: 99).

Nun gilt es in jedem Einzelfall eine Analyse der genannten Dimensionen durchzuführen, um eine Aussage zur Zugehörigkeit eines Subtyps treffen zu können. „Störungen in der Funktionslogik der Teilregime versorgen das demokratische Spiel mit widersprüchlichen Handlungsmaximen“ (Merkel u. a. 2003: 68). Die Zuordnung zu einem Subtyp kann in einigen Fällen eine kontroverse Debatte hervorrufen. Entscheidend ist das Teilregime, welches am stärksten beeinträchtigt ist (Croissant 2010: 98). Man geht jedoch davon aus, dass ein Großteil der hybriden Systeme, welche in die Typologisierung defekter Demokratien fällt, eine Mischform darstellt (Merkel u. a. 2003: 73). In einigen Fällen mag selbst die Entscheidung für die Bezeichnung „defekte Demokratie“ strittig sein, ich schließe mich in diesem Fall jedoch folgender Auffassung an:

„Political regimes will never fit perfectly into intellectually defined boxes, and any system of classification has to accept the existence of ambiguous, borderline, and mixed cases“ (Huntington 1991: 8).

Nach der Rekonstruktion der Systemtransformation erfolgt in Teil 4 die Einordnung Mexikos.

3 Systemtransformation¹²

Wie bei vielen lateinamerikanischen Staaten haben wir es bei Mexiko, der Entstehungsgeschichte nach, mit einer Demokratie der „dritten Welle“ nach Samuel Huntington zu tun. Jenes Model beschreibt eine Reihe von Transitionen ab den siebziger Jahren in Europa, Asien

¹² Systemtransformation beschreibt die Summe aller möglichen Übergangsarten von einem Regime auf ein anderes. Es wird zwischen Regimewandel, Regime- und Systemwechsel und Transition unterschieden (Merkel 2010: 65 ff.).

und Lateinamerika. „Following the end of the Portuguese dictatorship in 1974, democratic regimes replaced authoritarian ones in approximately 30 countries“ (Huntington 1991: 21). Huntington stützt seine Theorie auf die folgende Demokratie-Definition von Joseph Schumpeter aus dem Jahr 1942: the “democratic method [...] is that institutional arrangement for arriving at political decisions in which individuals acquire the power to decide by means of a competitive struggle for the people’s vote” (Huntington 1991: 6). Die entscheidenden Elemente - sowohl in Huntingtons als auch Merkels Theorie - sind also die von Dahl formulierten Minima „contestation and participation“ (Huntington 1991: 7). Während ein Großteil der Demokratisierungsprozesse zwischen 1974 und 1990 stattfand und jene Staaten oft schon Demokratieerfahrung hatten, so handelt es sich bei Mexiko um eine Ausnahme, da es keine demokratische Vorerfahrung gab und es erst Ende der 1980er Jahre von der zweiten Phase der dritten Demokratisierungswelle erfasst wurde (Huntington 1991: 44). Darüberhinaus kann die mexikanische Transition als stark verzögert bezeichnet werden und ist zudem davon gekennzeichnet, keinen Übergang von einer autoritären Militärdiktatur zu beschreiben, sondern stellt hingegen den Übergang von einer zivilen Autokratie zur Demokratie dar¹³ (Thiery 2006: 96).

„System-, Struktur-, Kultur-, und Akteurstheorien¹⁴“ bilden die vier Stränge der Transformationsforschung (Merkel 2010:67). Die verschiedenen theoretischen Erklärungsansätze sind jedoch nicht Gegenstand dieser Arbeit, da es vielmehr darum geht, den defekten Demokratie-Subtyp Mexikos zu bestimmen und nicht darum, den Demokratisierungsprozess zu konzeptualisieren. Es ist immer ein Zusammenspiel verschiedener Faktoren, welches Schlüsse auf den jeweiligen Fall ziehen lässt. Viele Theorien¹⁵ gestehen jedoch den *Eliten* eine große Rolle im Prozess der Demokratisierung zu, was auch auf den Fall Mexiko zutrifft. Huntington und Merkel unterteilen den Demokratisierungsprozess in drei Phasen:

„At the simplest level, democratization involves: (1) the end of an authoritarian regime; (2) the installation of a democratic regime; and (3) the consolidation of the democratic regime“ (Huntington 1991: 35).

¹³ „Außer in Mexiko waren alle der seit 1978 abgelösten Regime von den Streitkräften regiert oder von diesen gestürzt“ (Merkel 2010: 207).

¹⁴ Als Beispiele wären zu nennen: die Systemtheorie nach Parsons, die „autopoietische Systemtheorie“ Luhmanns, die Modernisierungstheorie nach Seymour M. Lipset, sowie Rational-Choice-Ansätze und kultur- bzw. religionsgeleitete Theorien.

¹⁵ Ansätze können bei Linz und Stepan in den sogenannten “Breakdown-of-democracies“-Studien, in O’Donnells, Schmitter und Whiteheads “Transition from Authoritarian Rule“ sowie bei Merkel und der *defekten Demokratie* gefunden werden (Merkel 2010: 91).

Anhand dieser Dreiteilung soll auch die mexikanische Transformation nachvollzogen werden, wobei die herausgehobene Bedeutung der Eliten sichtbar wird. Jene waren vor allem für die Einleitung des Demokratisierungsprozesses verantwortlich und bestimmen bis heute das politische Geschehen in Mexiko.

Die drei Hauptphasen der Transition lassen sich in Zusammenbruch, Institutionalisierung und Konsolidierung unterteilen (Merkel 2010: 94). Während in der Analyse der Übergangsphase vor allem auf die Ursachen und Verlaufsformen Wert gelegt wird, so stehen in der zweiten Phase der Etablierung, konstitutionelle Schlüsselentscheidungen, wie die Wahl des politischen Systems und die Entscheidung für ein Wahlsystem im Vordergrund, da diese maßgeblichen Einfluss auf eine spätere positiv oder negativ verlaufende Demokratisierung haben können. Konsolidierung meint die Verfestigung der Demokratie im politischen und gesellschaftlichen Rahmen. Nach Merkel wird sie folgendermaßen definiert: „Die in der Transition etablierten Institutionen und politischen Verfahren werden dann wirksam, und das politische Handeln der relevanten Akteure wird dauerhaft an die Regeln der neuen demokratischen Ordnung gebunden“ (Merkel u. a. 2003: 22). Das beinhaltet die Akzeptanz der demokratischen Neuerungen auf vier Ebenen (Merkel 2010: 112):

- (1)** Die Konstitutionelle Konsolidierung
- (2)** Die Repräsentative Konsolidierung
- (3)** Verhaltenskonsolidierung
- (4)** Konsolidierung der Bürgerschaft

Die erste Ebene zielt auf die institutionellen Neuerungen der „politischen Verfassungsinstitutionen wie Staatsoberhaupt, Regierung, Parlament Judikative und Wahlsystem“ ab (Merkel 2010: 112). Zusammen mit der *repräsentativen Konsolidierung* bildet sie die wichtigste Ebene des Konsolidierungsprozesses, denn normalerweise entwickeln sich die dritte und vierte Ebene erst, wenn auf konstitutioneller und repräsentativer Ebene (also auf Bundes- und Landesebene) die demokratischen Spielregeln akzeptiert und implementiert worden sind (Idem). Am Verhalten der „informellen“ politischen Akteure kann die gesellschaftliche Verfestigung gemessen werden, da die Konformität von Militär, wirtschaftlichen Akteuren und oppositionellen Gruppen maßgeblich ist für „die Herausbildung einer demokratiestabilisierenden Bürgergesellschaft“ (Idem).

Nachfolgend soll die Transition Mexikos mit Hilfe eines historischen Überblicks der wichtigsten Ereignisse rekonstruiert werden. In der empirischen Analyse ausgewählter Problem-

felder werden einzelne historische Faktoren zur Erklärung der noch nicht vollzogenen Konsolidierung wieder herangezogen.

3.1 Mexikos Transformation

„Seven decades of rule by the PRI system had given Mexico the undeniable benefit of stability. [...] The cost, however, was high“ (Preston/Dillon 2004: 5).

Ausgehend von der Annahme, dass die aktuellen demokratischen Defizite lediglich mit Blick auf die Institutionenentwicklung betrachtet und verstanden werden können, soll ein Ausschnitt des historischen Kontexts der mexikanischen Systemtransformation zur Analyse beitragen. Schon O’Donnell war der Ansicht, dass weniger die Transition an sich Rückschlüsse auf die folgende Demokratie zulässt, als ein Blick auf die „longer-term historical factors and [...] the degree of severity of the socio economic crisis newly installed democratic governments may inherit“ (O’Donnell 1994: 55)¹⁶. Betrachtet man diesen Prozess in Mexiko, so ist zuerst festzustellen, dass wir es hier keinesfalls mit einer kurzen Phase der Neuorientierung zu tun haben. Die Demokratisierung hat sich über einen Zeitraum von fast 30 Jahren erstreckt und wurde erst mit der ersten Präsidentschaft der PAN im Jahre 2000 (nach über 70 Jahren Herrschaft der PRI) besiegelt (Thiery 2006: 21). Laut Merkel ist es nicht unstrittig, sich auf „den Beginn der demokratischen Ära festzulegen“. Er datiert den Beginn der Transition auf das Jahr 1977 und den Abschluss auf 1997 (2010: 212). Magaloni geht hingegen davon aus, dass „Mexiko irgendwann zwischen den Wahlen von 1988, als die PRI massiven Wahlbetrug begangen hatte, und dem Präsidentschaftswahlkampf von 2000 demokratisch geworden ist“ (2005: 122). Die Frage nach dem Anfangspunkt ist für diese Arbeit nicht ausschlaggebend, weshalb ich mich lediglich auf den Beginn der demokratischen Phase festlegen möchte und somit wie Magaloni das Jahr 2000 als Wendepunkt bezeichnen werde.

Nach Merkel (2010: 212-13) und Thiery (2006: 100) gibt es drei Faktoren, die eine Demokratisierung vor der Systemtransformation im Jahre 2000 verhindert haben:

- „die faktische Ausschaltung einer effektiven Parteienkonkurrenz¹⁷ für garantierte Mehrheiten der PRI im Parlament“,

¹⁶ Zum Vergleich außerdem: „This is the drama of countries bereft of a democratic tradition: like all emerging democracies, past and present, they must cope with the manifold negative legacies of their authoritarian past, while wrestling with the kind of extraordinarily severe social and economic problems that few if any of the older democracies faced at their inception“ (O’Donnell 1994: 68).

¹⁷ Zwar fehlt in dieser Arbeit der Rahmen um auch die Parteienentwicklung näher zu betrachten, es sei jedoch gesagt, dass die Rolle der PAN (und später auch der PRD) als Oppositionspartei gerade auf lokaler und bundes-

- Institutionelle Mechanismen zur Machtkonzentration und Förderung der Parteidisziplin sowie
- „die Ämterunion von Präsident und Parteichef, was die Regulierungsmöglichkeiten des Präsidenten hinsichtlich Ämtervergabe und Disziplinkontrolle entscheidend erhöhte“.

Daher kann man bei Mexiko von einem „von alten Regimeeliten gelenkten Systemwechsel“ sprechen, denn die politischen Eliten haben zum einen maßgeblich die Strukturen des neuen Systems elaboriert und zum anderen daher bis heute noch einen erheblichen Einfluss auf das politische Geschehen (Merkel 2010: 101). Für einen Auszug der gesamten Geschichte fehlt in dieser Arbeit der Raum, weshalb ich mich auf bestimmte Ereignisse des 20. beziehungsweise 21. Jahrhundert beschränken werde. Hierbei liegt der Fokus auf jenen Teilen der Geschichte, welche für die spätere Analyse wichtig sind und die möglicherweise für die stagnierende Transition verantwortlich gemacht werden können, sprich die institutionelle Entwicklung sowie die Rolle der politischen Eliten.

3.2 Die Herrschaft der PRI (1929-2000)

Bevor es zur Stabilisierung des „PRI-istischen“ Einheitsregimes im Jahre 1929 kommen konnte, musste Mexiko seit seiner Unabhängigkeit im Jahre 1821 mit einer sehr instabilen politischen Lage leben. Jahrzehnte der Unterdrückung, Versklavung und Enteignung durch die spanischen Besetzer haben die mexikanische Gesellschaft gezeichnet. Die von den Eroberern implementierten Strukturen haben die institutionelle Entwicklung maßgeblich bestimmt und somit den Grundstein für die Aufrechterhaltung des zentralistischen Systems (bis ins 20. Jahrhundert hinein) gelegt: „Both centralism and regionalism have been strong currents in Mexican history since the colonial period“ (Selee 2011: 28). Bis heute hat die mexikanische Demokratie zudem mit Problemen der Identität und Staatsbürgerlichkeit zu kämpfen. Weil es die Kolonie nicht geschafft hatte ihren Verwaltungsapparat im gesamten Gebiet zu etablieren, war es nach der Unabhängigkeit bis zur Mexikanischen Revolution eine quasi unlösbare Aufgabe die zerrütteten Völker und Interessen zu vereinen (Braig/Müller 2008: 388). Nach der Mexikanischen Revolution stellte die Gründung der PRI im Jahr 1929 den Beginn einer

staatlicher Ebene eine sehr wichtige und entscheidende war (Miguel 2012: 3). Gerade in den 1990er Jahren entschieden sich Anti-PRI-Wähler, je nach Erfolgsaussichten, abwechselnd für die PAN oder PRD um die PRI zu schwächen (Idem.). „The strategic decisions of opposition party leaders and opposition voters greatly contributed to the demise of the autocratic one-party regime in Mexico“ (Idem.).

Einparteienherrschaft dar. „The party emerged as a compromise among warlords and revolutionary leaders to put an end to a long period of political violence“ (Magaloni 2005: 137). In den folgenden sieben Jahrzehnten bestimmt die PRI das politische Geschehen – und nicht nur das: „It would win every election for president, governors, and senators (with one exception in the senate) from the late 1930s through 1988“ (Selee 2011: 39).

Die autoritären Züge des Systems wurden spätestens im Jahr 1968 sichtbar und zwangen die nachfolgenden Präsidenten zu einem Kurswechsel. Die Mittelklasse betrat erstmals publikumswirksam die Bühne mit dem *movimiento estudiantil*¹⁸ in Mexiko Stadt, welches ein jähes Ende in der blutigen Niederschlagung am 2. Oktober 1968 fand (Lauth 1991: 365 ff.). Auslöser der Proteste war eine Reihe von Übergriffen des Militärs auf protestierende Schüler weiterführender Schulen, „was nun tausende, zuvor apathische, Studenten zu heftigen politischen Aktionen inspirierte“ (Preston/ Dillon 2004: 65). Das vorangegangene *milagro mexicano* (mexikanisches Wunder) steht sinnbildlich für den wirtschaftlichen Aufschwung seit den 1940er Jahren. Es „entwickelte sich in den folgenden Jahrzehnten ein korporatistisch-klientelistisches Herrschaftssystem, in dem die Kontrolle und Ideologie immer notwendiger wurden, um die Legitimation auch bei knappen Ressourcen aufrechterhalten zu können“ (Merkel 2010: 213). Das klientelistische System in Mexiko hat durch eine spezifische Wähler-Partei-Beziehung seit dem autoritären Regime der PRI zur Legitimitätssicherung beigetragen. „Die lokale Bevölkerung war somit in den Strukturen der PRI mit eingebunden, welche durch die Bündnisse mit lokalen Machthabern und auch oppositionellen und sozialen Bewegungen wie Gewerkschaften, große Teile der Bevölkerung erreichte“ (Siegert 2011: 31). Hierbei handelte es sich vor allem um „Hilfeleistungen“ der Partei im Gegenzug von Wählerstimmen (Schröter 2010: 277). Neben der Etablierung einer Mittelschicht hatte sich die Schere zwischen Arm und Reich aber so weit geöffnet, dass der Unmut der Bevölkerung in der Studentenbewegung ihren Ausdruck fand (Braig/ Müller 2008: 390). Die Folge der Ermordung von hunderten Studenten war die beginnende Abwendung vom Regime. Das *Massaker von Tlatelolco*¹⁹ ist außerdem eines der ersten Beispiele für den Einsatz vom Militär zur Wiederherstellung der innerstaatlichen „Sicherheit“.

¹⁸ Studentische Bewegung (Übersetzung der Autorin)

¹⁹ Tlatelolco ist ein Stadtteil von Mexiko Stadt.

Ende des autokratischen Systems - Phase 1

Seit Ende der 70er Jahren bemühte man sich in der mexikanischen Politik die Demokratisierung durch eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von Parteien sowie der damit verbundenen schrittweisen Machtabnahme des Präsidenten voranzutreiben (Hughes 2005: 429). Dieser hatte nicht nur die Macht über die Auslegung der politischen Agenda. Er hatte außerdem die Kontrollgewalt über Exekutive, Judikative und Legislative inne und konnte somit die 71 Jahre lange Herrschaft der PRI erst möglich machen (BTI 2012b: 3). Eine heterogene Parteienlandschaft war nicht existent. Eine erste Wahlreform im Jahr 1977 unter López Portillo hatte zur Folge, dass „die ‚inoffiziellen‘ Parteien des linken Spektrums in das politische System integriert“ wurden (Merkel 2010: 221). Wirtschaftliche Reformen waren spätestens seit der ökonomischen Krise Ende der 70er Jahre notwendig geworden. Der rasche Preisabfall im Erdölsektor hatte 1981 zu einem Rückgang des Wirtschaftswachstum und einem rapiden Anstieg der Inflation und Auslandsverschuldung geführt (Preston/ Dillon 2004: 95). 1982 wurden die Banken verstaatlicht, was vor allem unter den Unternehmern großen Unmut hervorrief und eine Zuwendung zur PAN²⁰ zur Folge hatte (Lauth 1991: 383).

Als 1985 Mexiko Stadt vom verheerendsten Erdbeben der Geschichte überrascht wurde, zeigte sich die Unfähigkeit der Regierung, auf Krisensituationen angemessen zu reagieren, einmal mehr. Nach dem Massaker von 1968 war das Vertrauen noch mehr geschwächt worden, da sich die Regierung weder um die Rettung von Verschütteten noch um sonstige Hilfe kümmerte (Braig/ Müller 2008: 391). Die mexikanische Gesellschaft war am Aufwachen. „The force that emerged from the earthquake was civil society“ (Preston/ Dillon 2004: 113). Mit dem Beitritt zum GATT im Jahre 1986 vollzog Mexiko einen weiteren Schritt zur wirtschaftlichen Liberalisierung und die Präsidentschaftswahlen von 1988 markierten einen Wendepunkt und setzten den Demokratisierungsprozess in Bewegung. Auf der einen Seite stand der massive Wahlbetrug von Seiten der PRI und das damit verbundene Legitimationsdefizit und auf der anderen Seite die ersten Anzeichen einer ideologischen Spaltung innerhalb derselben Partei (Magaloni 2005: 125). Die Wahlen blieben den Mexikanern als jene in Erinnerung, „wo das System zusammenbrach“ (Preston/Dillon 2004: 149). Denn, „die Präsidentschaftswahlen [...] endeten [...] erst dann siegreich für den PRI-Kandidaten Salinas de Gortari, als der zentrale Wahlcomputer ausgefallen war“ (Braig/Müller 2008: 391). Es ist un-

²⁰ „The PAN is a conservative party founded in 1939 by societal groups associated with the Catholic Church. It played the role of loyal opposition during most of the twentieth century participating in elections without real chances of success given that the PRI enjoyed widespread control of the state apparatus“ (Carreras 2012: 144).

bestritten, dass die Ergebnisse des Kontrahenten Cuauhtémoc Cárdenas, dem Kandidaten der PRD²¹, gefälscht wurden, denn bevor es zum angeblichen Totalausfall des Computers kam, lag der PRI-Kandidat knapp hinten. Letztendlich gibt es aber keine Beweise für eine Fälschung, da alle Stimmzettel vernichtet wurden (Magaloni 2005: 129). Geprägt durch die viertägige Verzögerung der Verkündung der Ergebnisse und diverse Spekulationen trat Salinas sein Amt mit einem hohen Legitimationsdefizit an. In seiner Amtszeit bemühte er sich die verlorene Legitimation durch die Errichtung eines Wahlinstituts auf Bundesebene im Jahre 1991 wieder zurückzugewinnen. Diese Institution, heute *IFE* genannt, hat sich zu einer international anerkannten, seit 1994 von der Regierung unabhängigen, Behörde entwickelt, welche „für die Herstellung und Verwaltung von sauberen Wählerverzeichnissen, fälschungssicheren Identifikationskarten und für die Formulierung von Reformvorschlägen für das Wahlgesetz verantwortlich“ ist (Braig/ Müller: 2008: 398). Auch der sich ständig steigende parteipolitische Wettbewerbsgrad ist auf die Reformen von Salinas zurückzuführen und das wiederum half, die Qualität der Wahlen dauerhaft zu steigern (Thiery 2006: 103). Außerdem förderte er „neoliberal inspirierte Reformen der Wirtschaftsöffnung (Außenöffnung, Privatisierung und Deregulierung)“, um die wirtschaftliche Sicherheit als weitere Grundlage seiner Legitimation zu nutzen (Thiery 2006: 98).

Als Mexiko am 1. Januar 1994 dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen, NAFTA, beitrug, war das nicht nur ein Schritt zur Annäherung an die USA sondern auch einer Weiterführung der neoliberalen Wende (Braig/ Müller 2008: 392). Dies war auch, gemeinsam mit der vorausgegangenen Devaluation des Pesos, Anlass für die Zapatisten²² im Bundesstaat Chiapas, sich gegen das System aufzulehnen.

„The origins and background of the Zapatista rebellion are well known. Briefly a highly stratified and hierarchical political and social structure of colonial vintage succeeded in keeping the Indian peasantry in Chiapas marginalized and socially excluded well into the second half of the twentieth century“ (Stavenhagen 2003: 110).

Aus Angst vor einer möglichen Verbrüderung der PRD mit den Zapatisten wurde die Unabhängigkeit des IFEs vorangetrieben und die Regierung zeigte damit, dass sie diese Neuerung unterstützte. „By 1994, the country had a competitive three party system“ (Velasco 2005: 3).

²¹ „The PRD emerged as a faction of the PRI following an inter-elite dispute concerning the exclusion of some political leaders from nomination to political office. The PRD also represented a reaction of the more leftists sectors of the PRI against the neoliberal direction the economic policies were taking under the government of Miguel de la Madrid (1982–1988)“ (Carreras 2012: 145).

²² Zapatisten: Mitglieder und Anhänger der EZLN

Selbstverständlich war damit die Hoffnung verbunden, nach dem Debakel der gefälschten Wahlen 1988, eine faire und kompetitive Wahl durchführen zu können (Magaloni 2005: 145). „It was a pact among elites regarding their willingness to submit their struggles to the democracy progress“ (Idem: 146). Laut Magaloni kann zwar das IFE nicht als Auslöser der Demokratisierung betrachtet werden, es war jedoch, zusammen mit der wirtschaftlichen Liberalisierung und langsamen Dezentralisierung, ein wichtiger Katalysator.

Die Amtszeit von Ernesto Zedillo (1994-2000) war geprägt von einer viel größeren Bereitschaft zu institutionellen Veränderungen und ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung Demokratie. Die Anzahl der von Oppositionsparteien regierten *municipios*²³ wuchs auf fast fünfzig Prozent heran und die Schwächen des Präsidentialismus²⁴ offenbarten sich 1997, als die PRI erstmalig ihre Vormachtstellung im Parlament verlor (Selee 2011: 56). „Dabei zeigte sich, dass der Präsidentialismus nicht an sich mächtig ist, sondern es nur im Rahmen des postrevolutionären Regimes war“ (Braig/ Müller 2008: 396). Die Krise der PRI fand ihren Ausdruck in den Präsidentschaftswahlen von 2000. Es war wohl eine Verknüpfung aus PRI-Verdross und der Fähigkeit des Kandidaten der PAN, Vicente Fox, einen Wandel zu versprechen, was ihm letztendlich den Wahlsieg bescherte.

„Indeed, this view of political life was central to Fox's victory, as many Mexicans who had not necessarily been sympathetic to the PAN voted for Fox in the name of change“ (Lawson 2009: 4).

Doch was hat sich nach dem „Anti-PRI-Vote“ (BTI 2012b: 4) verändert? Es wird sich zeigen, dass das postrevolutionäre Mexiko gerade durch die in der Gesellschaft verankerten Sympathie zur PRI (und nur durch diese) über die Jahre der politischen Unfreiheit hinwegsehen und man von einem stabilen System sprechen konnte. Maßgeblich wurde diese Stabilität durch „die eigentümliche Koexistenz stabiler formaler und informaler Institutionen einerseits, die stark zentralistisch auf den Präsidenten ausgerichtet waren, und eines hohen, von oben kaum kontrollierbaren Personalismus im politisch-administrativen System andererseits“ (Merkel 2010: 213) gefördert. „Außerdem tragen die durch die PRI kultivierten informellen Regeln und die generelle Korruptionsanfälligkeit bis heute zur Herausbildung dualer Normensysteme bei, welche den Rechtsstaat in seiner Funktion hemmen (Siegert 2011: 34).

²³ Gemeinden (Übersetzung der Autorin)

²⁴ Vgl.: „Bis 2000 war es die besondere Beziehung zwischen dem Präsidenten und seiner Partei, die den mexikanischen Präsidentialismus stärkte und damit der Bundesregierung eine zentrale Stellung gegenüber allen anderen Staatsorganen einräumte“ (Braig/ Müller: 396).

„This finding also suggests that the Mexican state has little capacity to deliver services or to enforce the rule of law, not because of inherent inefficiencies, but because the state is designed to operate through political brokers rather than directly with citizens. What some observers have called “corruption” or the “ineffectiveness” of the Mexican state is actually an inherent part of its design” (Selee 2011: 170).

Im Übrigen stellt Mexikos Transition auch in einem dritten Aspekt eine Ausnahme von der generellen „dritten Welle der Demokratisierung“ dar. Die Demokratisierung brachte nicht wie üblich auch große institutionelle Veränderung mit sich. Vielmehr wurden Aspekte der seit 1917 existierenden Verfassung aktiviert und reaktiviert (Levitsky/ Murillo 2013: 103). Die neue mexikanische Demokratie wurde also auf derselben Basis wie die autoritäre Herrschaft der PRI gegründet (Merkel 2010: 229). Es ist keineswegs so, dass die Konstitution von 1917 Grundlage für ein autoritäres Regime geschaffen hätte. Vielmehr hatte sie von Anfang an einen „für die damalige Zeit progressiven Charakter“, da neben Elementen der liberalen Rechtsstaatlichkeit „und der Garantie des Privateigentums auch eine Reihe sozialstaatlicher Elemente“ vorhanden waren (Braig/ Müller 2008: 392). Das Bestehen, ohne signifikante institutionelle Veränderungen, über einen so langen Zeitraum ist jedoch vor allem auf einen schwachen Grad an *law enforcement* zurückzuführen (Levitsky/ Murillo 2013: 105). Fehlt eine unabhängige Kontrollinstanz, so kann sich selbst ein nicht-demokratisches Regime, mit Hilfe des Zuspruchs aus der Bevölkerung, auf Dauer stabilisieren. „If the alternative of non-enforcement had not been available, demands for institutional change probably would have been more intense“ (Levitsky/ Murillo 2013: 102). Grundlegende Veränderungen wurden nach ersten Reformen in den Jahren 1977 und 1987 vor allem in Bezug auf das Wahlregime vorgenommen (Merkel 2010: 229).

3.3 12 Jahre PAN und der Anfang vom Ende?

„Citizens’ discontent with the ruling party, their growing familiarity with opposition-led governments at the state and local level, and the increasingly level playing field brought about through changes in electoral laws and institutions finally ended the PRI’s seventy-one-year monopoly on the presidency and ushered in an era of multiparty democracy” (Selee 2011: 59).

Nach 71-jähriger Herrschaft hat es ein Kandidat der Opposition an die Spitze Mexikos geschafft und das ganz ohne Wahlbetrug oder einen gewaltsamen Umsturz. Es war einzig und allein der Wille des Volkes, welcher sich in einer fairen und freien Wahl niedergeschlagen und die Macht der PRI signifikant eingedämmt hat (Elizondo 2003: 30). Doch was hat sich im

nun demokratischen Mexiko geändert? War das nicht eigentlich der Beginn einer neuen verheißungsvollen Ära des Aufschwungs, der Gerechtigkeit und Partizipation?

Institutionalisierung der Demokratie - Phase 2

Vicente Fox trat seine Amtszeit mit der Bestrebung an, neue Zeiten anbrechen zu lassen. Unter der „Selbstbezeichnung der Regierung [...] als ‚Gobierno de Cambio‘²⁵“ versprach er einen Wandel, ohne genau zu definieren, wie dieser aussehen sollte (Maihold 2010: 139). Die Drogenökonomie hatte schon seit mehr als 20 Jahren einen festen Platz in der mexikanischen Gesellschaft und die Auswirkungen der jahrzehntelangen Korruptionskultur wurden in der neuen demokratischen Ära erst ersichtlich. Die Handlungsfähigkeit der Regierung Fox war allerdings von vorneherein eingeschränkt, da sich die „Koexistenz einer neuen Regierungspartei (PAN) mit den alten Systeminstitutionen als wenig hilfreich zur Durchsetzung der angestrebten Reformen“ erwies (Maihold 2010: 159). Einundzwanzig von 32 Bundesstaaten waren noch immer *PRI*-regiert und auch in keiner der beiden Kammern des Kongresses verfügte Fox über eine Mehrheit (Giraudy 2010: 73). Seit den Parlamentswahlen 1997 hält sich diese Form des *divided government* bis heute hartnäckig und gilt als der Beginn „einer neuen Ära mexikanischer Politik“ (Thiery 2006: 107ff.). Nach anfänglichen Schwierigkeiten schaffte es die Administration Fox die Ölpreis- und Exportkrise ab 2003 zu überwinden: „Mexiko nahm Platz 1 in Lateinamerika bei ausländischen Direktinvestitionen ein (10 Mrd. USD), das Wirtschaftswachstum betrug 4 % und das Pro-Kopf-Einkommen wuchs um 12 %“ (Schröter 2010: 119). Nichtsdestotrotz fand für den Großteil der Bevölkerung keine Verbesserung der sozialen Situation statt. Die wirtschaftlichen Erfolge sind neben einer gesunkenen Mordrate²⁶ wohl die einzigen nennenswerten Errungenschaften unter dem ehemaligen Coca-Cola-Manager, dessen öffentliches Ansehen am Ende seiner Regierungszeit so tief gesunken war, wie keines je zuvor (Huffs Schmid 2006: 1). Weder institutionell noch auf rechtsstaatlicher Ebene haben notwendige demokratische Reformen stattgefunden. „Das Traurigste ist, dass sich gar nichts Wesentliches geändert hat an der Armut und den Einkommensunterschieden, an lokalem Kazikentum, an der Straflosigkeit für Gewaltverbrechen, an den Wanderströmen gen Norden oder der alles durchsickernden Macht der Drogenkartelle“ (Huffs Schmid 2006: 1).

²⁵Anmerkung der Autorin: „Regierung des Wandels“

²⁶“During the Vicente Fox administration the homicide rate stabilized and reached its lowest levels at any point in the last two decades (9.22 in 2004)” (Trelles/ Carreras 2012: 94). Einen Vergleich der Mordraten von Salinas, Zedillo, Fox und Calderón bietet eine Statistik der genannten Autoren (2012: 93).

Denn eine offizielle Bekämpfung des florierenden Drogengeschäftes wurde erst in der nachfolgenden Amtsperiode thematisiert. Bis dahin prosperierten alle illegalen Geschäfte (wie zu Zeiten der PRI) auch unter Fox weiter – ein indirekter Beweis „that the new administration has maintained the traditional rules of the game“ (Velasco 2005: 119).

Am 2. Juli 2006 trat der Kandidat der PAN, *Felipe de Jesús Calderón Hinojosa*, überraschend das schwere Erbe der Administration Fox und aller vorherigen Regierungen an. Er hatte sich lediglich mit viel Glück und einem sehr knappen Wahlausgang gegen seine Kontrahenten aus den Lagern der PRD und PRI durchsetzen können und begann seine Amtszeit mit einem beachtlichen Legitimationsdefizit, da angesichts eines minimalen Vorsprungs von einem Prozent der Wählerstimmen (BTI 2012b: 4) vor seinem Konkurrenten der PRD, *Andrés Manuel López Obrador*, Zweifel an der Rechtmäßigkeit seiner Wahl aufkamen. Das wiederum war womöglich die Motivationsgrundlage für einen Kurswechsel in Sachen Korruption und Drogenproblematik (Hoffmann 2011). Fortan sollte die militärische Strategie zur Beseitigung der Kriminalität symbolisch für seine Amtszeit stehen. Der Einsatz von 45.000 Soldaten im Kampf gegen das organisierte Verbrechen kann jedoch nur als, wie im folgenden Teil ersichtlich wird, partiell erfolgreich bezeichnet werden²⁷.

4 Mexiko als „illiberale Demokratie“

Folgt man der Einordnung Mexikos nach den Untersuchungen der Forschergruppe um Merkel, so ist festzustellen, dass Mexiko „eine *illiberale Demokratie* mit teilweise eingeschränkter Regierungsgewalt“ darstellt (Merkel 2010: 230), und dass die Defekte der heutigen Demokratie erst nach der Systemtransformation zu Tage befördert worden sind. Doch warum hat sich bis heute keine konsolidierte Demokratie etabliert? „Während Wahlen, politischer Wettbewerb und politische Freiheitsrechte uneingeschränkt und die Gewaltenteilung wenigstens partiell etabliert sind, stellen die poröse Staatlichkeit, Rechtsstaatsdefizite, die Ungesicherheit der bürgerlichen Freiheitsrechte und die verwurzelte Korruption ein schweres Erbe dar“ (Merkel 2010: 250). In der Analyse wird davon ausgegangen, dass wir das aktuelle Wahlregime als prinzipiell fair, transparent und pluralistisch bezeichnen können. Auch im

²⁷ “It is expected that the effectiveness of federal government interventions in the war, as well as assessments of the military action vary widely depending on the region, as some regions are in a constant state of warfare while the situation in other regions may be sensationalized and exaggerated by the media” (Díaz Cayeros u.a. 2012).

autoritären Mexiko wurden regelmäßig Wahlen abgehalten. Diese galten jedoch eher als essentielles Element zur Legitimationssicherung von Seiten der PRI und sind nicht mit den Grundlagen einer kompetitiven Wahl zu vergleichen (Levitsky/ Murillo 2013: 102). Das Wahlregime ist heute der Bereich, in dem die größten Fortschritte erzielt worden sind und somit ist das Grundgerüst der *embedded democracy* vorhanden und die Minimaldefinition erfüllt²⁸.

Im Allgemeinen lässt sich festhalten, dass Mexiko demokratischer geworden ist. Der Start war jedoch mit einigen Altlasten und Hindernissen verbunden. Zum einen hat das klientelistische und korrupte System tiefe Spuren in Staat und Gesellschaft hinterlassen und zum anderen haben die neoliberalen Reformen der 1980er Jahre die Schere zwischen Arm und Reich weiter geöffnet und die Armut im gesamten Land verschärft (Siegert 2011: 33). Während über 40% von weniger als \$2 am Tag überleben müssen, verdient einer der reichsten Männer der Welt, Carlos Slim, tagtäglich fast 30 Millionen US-Dollar (Watt/ Zepeda 2012: 145). Das wiederum hat zur Folge, dass ein Großteil der Bevölkerung gar nicht aktiv in politischen Entscheidungen partizipiert – sei es aus Gründen der Armut, Politikverdrossenheit oder fehlendem Vertrauen in die demokratischen Strukturen. Auch ist die Entwicklung der Presse- und Meinungsfreiheit nicht immer parallel zu der des Wahlregimes verlaufen, weshalb es in diesem Teilbereich noch erhebliche Defizite gibt. Laut Freedom House (2012) gibt es zwar keine offiziellen Restriktionen was die Internetfreiheit und andere Medien betrifft, allerdings stellt der fehlende staatliche Schutz von Journalisten und Bloggern eine indirekte Beschränkung der Pressefreiheit dar²⁹. Zwar haben sich besonders im Norden die Medien zu einem Sprachrohr der Demokratie entwickelt, doch oftmals bezahlen engagierte Journalisten den Mut zur objektiven Berichterstattung mit ihrem Leben. Fehlender staatlicher bzw. polizeilicher Schutz resultiert in 74 ermordeten Journalisten im Zeitraum von 2000 bis 2011 (Human Rights Watch 2012), wobei die größte Schwäche der mexikanischen Demokratie abermals sichtbar wird. Es ist der Rechtsstaat, welcher als das am stärksten beschädigte Teilregime betrachtet werden kann. Die mexikanische Regierung kommt vor allem partiell ihrer Pflicht der Gewährleistung von Sicherheit nicht nach, was in einer Verletzung der Menschen-

²⁸ Siehe auch: "It can be argued that democracy does not necessarily imply that an opposition party reaches power. What matters is that there are civil liberties and fair conditions for competition and that the party in government can, in principle, be defeated. These three conditions currently exist in Mexico, as we know, although the opposition was only able to accept this once the PRI was defeated" (Elizondo 2003: 35).

²⁹ Vgl.: "Self-censorship has increased, and many newspapers in high-violence zones no longer publish stories involving in-depth reporting on organized crime" (Freedom House 2012).

rechte resultiert. Erst Ernesto Zedillo hatte die Artikel 21³⁰ und 73 der Verfassung hinsichtlich des „Recht[s] der mexikanischen Bevölkerung auf öffentliche Sicherheit“ reformiert (Braig/Müller 2008: 393). Die Realität lässt jedoch erkennen, dass dieses Recht, wie in Abschnitt 3.2 näher beschrieben wird, faktisch keine Bedeutung hat.

Die Einschränkung bürgerlicher Rechte und deren Verletzung durch staatliche, demokratisch legitimierte Autoritäten beschädigt die Demokratie nachhaltig. Die bürgerliche Unterstützung ist maßgeblich für die Entwicklung und Konsolidierung einer Demokratie (Merkel u. a. 2003: 262). „Hierbei wird keineswegs übersehen, dass vitale politische Partizipation in einer Demokratie immer auch an sozioökonomische Minimalbedingungen gebunden ist. Das demokratische Postulat gleicher Partizipationsrechte ist nur bis zu einem gewissen Grad mit sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheit in Einklang zu bringen“ (Croissant 2002: 31). Nach einer Umfrage des *Latinobarómetro* sind gerade einmal 23% der mexikanischen Bevölkerung zufrieden mit der Demokratie und damit stellt Mexiko, zusammen mit Guatemala, das Schlusslicht im inter-lateinamerikanischen Vergleich dar (2011: 97). Diese Zahl muss im Kontext der besonders schweren Gewaltwelle in den Jahren 2010/11 gesehen werden. „Wir können also indizieren, dass die Gewalt, die Kriminalität und die Unsicherheit die wohl größten Probleme darstellen, welchen sich die demokratische Regierungsführung heutzutage stellen muss“³¹ (Barahona/ Rivas 2011: 242).

Die Last der „vordemokratischen“ Zeit hat in der Entwicklung der Demokratie eine entscheidende Rolle gespielt und sie verletzbar gemacht: „Mexico’s so-called democratic opening [...] was mainly an opening for Mexican venture capitalists and international investors. Democracy neither improved the conditions of the poor nor allowed them more access to political decision making“ (Watt/ Zepeda 2012: 148). Nachfolgend sollen der Einfluss von Korruption auf Staat, Militär, Polizei und Gesellschaft sowie der Status der Rechtsstaatlichkeit näher beleuchtet werden, um die politischen und sozialen Hintergründe der seit 2006 andauernden Gewalteskalation zu verdeutlichen.

³⁰ Auszug: „La seguridad pública es una función a cargo de la Federación, el Distrito Federal, los Estados y los Municipios, que comprende la prevención de los delitos; la investigación y persecución para hacerla efectiva, así como la sanción de las infracciones administrativas [...]“ (Cámara de Diputados 2013)[Der Bund, der Hauptstadtbezirk, die Bundesstaaten und die Gemeinden haben die Aufgabe, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Darunter versteht sich die Prävention von Straftaten, die Ermittlung und Verfolgung jener, sowie die Sanktionierung von Ordnungswidrigkeiten zur effektiven Durchsetzung (Übersetzung der Autorin)].

³¹ Übersetzung aus dem Spanischen: „Podemos indicar entonces que la violencia, la criminalidad y la inseguridad podrían representar los principales problemas a los que se enfrenta la gobernabilidad democrática en la actualidad“ [Übersetzung der Autorin].

4.1 Korruption

„Corruption is not a characteristic of the system in Mexico...it is the System“

– Anthony DePalma (Morris 2009b: 1).

Laut dem *Transparency International Corruption Perceptions Index 2012* befindet sich Mexiko im Vergleich des staatlichen Korruptionsgrades auf Rang 105 von 175 erfassten Ländern (TICPI 2012: 3). Messungen von *Transparencia Mexicana* haben ergeben, dass es im Jahr 2010 schätzungsweise 200 Millionen Akte von Korruption auf staatlicher und kommunaler Ebene, sowie im Bereich von öffentlichen Dienst- und Versorgungsleistungen gegeben hat (Transparencia Mexicana 2011)³². Diese Zahl ist erschreckend und lässt erahnen, wie tief die Korruption in der Gesellschaft verwurzelt ist.

Der Ursprung der Korruption in Mexiko ist in den Anfängen der Republik zu finden, denn sie fungierte als „Hauptelement der speziellen Verhandlungskultur“, indem sie eine Verbindung zwischen den der offiziellen Gesetzgebung und den informellen Regeln darstellte (Siegert 2011: 32). Wirtschaftliche und soziale Probleme haben das Regime regelmäßig gefährdet, weshalb ein spezielles Wähler-Partei-Verhältnis nötig war um auch in Krisenzeiten die Macht zu sichern. Obwohl der Klientelismus nicht mehr so stark verbreitet ist, so ist der Hang dazu zwischen Parteien und Wählern immer noch vereinzelt vorhanden. „Durch das PRI-System gefördert, seien sie (die Bürger (Anmerkung der Autorin)) daran gewohnt, Güter und Dienstleistungen von den Parteien einzufordern oder ihre Stimme zu verkaufen“ (Schröter 2010: 263). Bestechung und Stimmenkauf haben auch heute noch einen (wenn auch zwecks Mangel an Studien schwer messbaren) Einfluss auf das Wahlverhalten der Bürger in sehr armen Regionen (Cayeros 2013). Laut *Transparency International* glauben 91% der Mexikaner, dass politische Parteien von Korruption betroffen sind (2013)³³. Morris stellte in einer Studie fest, dass „PRI-controlled states registered the lowest rates of change in actual corruption, or, stated differently, non-PRI administrations were more successful at lowering corruption than were PRI-held states“ (2009a: 182). Darüberhinaus konstatiert er, dass der erhöhte Parteienwettbewerb einen positiven Effekt auf die Reduzierung von Korruption hat (2009a: 174) und stellt dennoch fest, dass sich Demokratisierung zwar anfänglich positiv auf

³² Des Weiteren ergab die Studie, dass eine „mordida“ (Bestechungsgeld) im Schnitt \$165 mexikanische Pesos kostet. Mexikaner, mit einem durchschnittlichen Einkommen, geben ca. 14% desselben für jene Handlungen aus (Transparencia Mexicana 2011). Das Pro-Kopf-Einkommen liegt laut Angaben des BTI bei \$14498 (2012b: 2).

³³ Von den folgenden Teilbereichen glauben jeweils ...%, dass sie von Korruption betroffen sind: Parlament (83%), Justiz (80%), Polizei (90%), öffentlicher Dienst (87%) (Transparency International 2013).

das Problem der Korruption auswirken kann, ohne signifikante institutionelle Veränderungen jedoch keinen langanhaltenden Einfluss hat (2009a: 191).

Die Korruption als alter Motor der Autokratie ist gesellschaftlich tief verankert: Ob Lehrer und Dozenten, die bereitwillig für die Herausgabe von Prüfungsfragen Geldgeschenke entgegennehmen (Azaola 2009: 156), Bestechung für die Verteilung von Stipendien, die „Extrabehzahlung“ von Abfallentsorgung oder das nicht greifbare Ausmaß an Korruption zwischen Politik, Polizei, Militär und Drogenkartellen, Korruption ist im mexikanischen Alltagsleben allgegenwärtig³⁴. 55% aller von *Transparency International* (2013) befragten Haushalte gaben an in den letzten 12 Monaten Schmiergelder an die Justiz bezahlt zu haben, währenddessen das sogar für 61% in Bezug auf die Polizei zutrifft.

Nach Angaben von *Transparencia Mexicana* (2011) wird das meiste Geld in die Bestechung von Verkehrspolizisten investiert. „Die gravierenden professionellen und funktionalen Defizite der Polizei gehen auf ein Bündel von Faktoren zurück. Zu den wichtigsten gehören unzureichende Eignungstests, schlechte Ausbildung, geringe Fortbildungsmöglichkeiten, miserable Bezahlung der unteren und mittleren Dienstgrade sowie fehlende Rechenschaftspflichten“³⁵ (Hoffmann 2009: 64). Mit einem monatlichen Gehalt von ca. 6000 Pesos (ca. €350) muss die Familie ernährt und zusätzlich für alle Ausrüstung und Kleidung aufkommen werden (Azaola 2009: 150). „Throughout the world, but especially where police-justice-regulatory agents are poorly paid or lack strong professional esprit, corruption is a readily feasible option“ (Bailey/ Taylor 2009: 11). Die Schwäche der staatlichen Sicherheitseinheiten wirkt sich vor allem auf die folgenden Analyseebenen aus, da ohne einen funktionierenden Strafverfolgungsapparat das Justizsystem ineffizient arbeitet, die Sicherheit der Bürger nicht gewährleistet werden kann und somit die Basis zur Bekämpfung des Drogenkrieges nicht gegeben ist.

³⁴ Das komplette Ausmaß kann in dieser Arbeit leider nicht betrachtet werden, weshalb ich auf „Political Corruption in Mexico – The Impact of Democratization“ (Morris 2009b) zur weiterführenden Lektüre verweisen möchte.

³⁵ Desweiteren stellt die Organisationsstruktur der Polizei ein großes Problem dar: “In total, there are 2,139 independent police agencies in Mexico, with jurisdiction at the federal, state, and municipal levels“ (Guerrero Gutiérrez 2011: 20).

4.2 Rule of Law

„In much of Latin America, a weak or uneven rule of law has long enabled powerful actors to violate or ignore certain rules with impunity. Thus, even where the formal rules are relatively unambiguous, de facto discretion over enforcement yields considerable variation in terms of actual compliance“ (Levintsky/Murillo 2013: 101).

Es ist ein quasi unlösbares Problem vor dem Mexiko seit je her steht. Korruption, Klientelismus, unaufhaltbare Wellen organisierter Gewalt und alltäglich gewordener Delikte haben zur Folge, dass die Regierung Mexikos nicht in der Lage ist, ihren Bürgern Sicherheit und Schutz zu gewährleisten. Straflosigkeit, Angst und Misstrauen den staatlichen Sicherheitsbehörden gegenüber sowie Demokratieverdruss resultieren in einer Spirale der Gewalt und Hilflosigkeit. „Die Justiz ist wie in vielen anderen Ländern Lateinamerikas nicht nur überlastet, ineffizient und - im rechtsstaatlichen Sinne - unprofessionell, sondern auch manipulierbar“ (Merkel 2010: 252). Das mexikanische Justizsystem wurde nicht etabliert um *rule of law* durchzusetzen, sondern war vielmehr ein Mechanismus, der vor allem dazu diente: „to preserve the power of the powerful“ (Freeman/ Sierra 2005: 267)³⁶. Es gibt bis heute keine unabhängige Justizbehörde, die im Stande ist, eine effektive Kontrolle über das Parlament, die Regierung oder die Gouverneure auszuüben (BTI 2012b: 11).

„Die mexikanische Statistikbehörde Instituto Nacional de Estadística y Geografía (INEGI) schätzt, dass in 92 Prozent aller Straftaten keine Anzeige erstattet wird“ (Schulz 2011: 3). Das hängt vor allem mit den genannten Problemen der Korruption und des Missbrauchs durch Polizeikräfte und dem daraus resultierenden Misstrauen der Bevölkerung zusammen (BTI 2012b: 12). Darüber hinaus haben Studien ergeben, dass von allen begangenen Straftaten gerade einmal (schätzungsweise) 3,3% der Täter letztendlich einem Richter vorgeführt werden (Pásara 2009: 209). Die Gründe hierfür sind vielfältig: „Strafverfolgungsbehörden nutzen gelegentlich erzwungene Geständnisse, sind in kriminelle Machenschaften wie etwa den Drogenhandel verwickelt und werden ebenso für Tötungsdelikte und das Verschwindenlassen von Personen verantwortlich gemacht“ (Merkel 2010: 252). Aktuell gelten mehr als 10.000 Menschen als vermisst (Díaz Cayeros u.a. 2012). Das Justizsystem und seine Verfahrensregeln zielen vor allem darauf ab, die Erfolgsquote bei Überführungen so hoch wie möglich zu halten (Schulz 2011: 4). Deshalb basieren Gerichtsverfahren vor allem auf der

³⁶ Außerdem ist selbst der Rückhalt und die Beachtung von Gesetzen aus der Gesellschaft heraus nur dürftig entwickelt: „This incapacity to impose the rule of law is a serious challenge due to the administrative weakness of the state, its feeble legitimacy, and the very lax attitude of Mexican society with respect to the law“ (Elizondo 2003: 43).

Beweisvorbringung in Form von schriftlichen Geständnissen und nicht immer wird den Angeklagten ein Rechtsbeistand gewährt (Freeman/ Sierra 2005: 269). Die Folge ist ein kaum greifbares Maß an Straflosigkeit auf allen Ebenen.

Auch wenn Opfer von Gewalttaten eher dazu neigen, dem Militär als der Polizei zu vertrauen (Barahona/ Rivas 2011: 215), so heißt das nicht, dass das Militär frei von Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit wäre. Im Jahr 2011 gingen allein 1695 Beschwerden über das Militär bezüglich Menschenrechtsverletzungen bei der *CNDH* ein (Amnesty 2012: 338). Seit den 1990er Jahren wird das Militär verstärkt zur Bekämpfung innerstaatlicher Konflikte eingesetzt (Thiery 2006: 121) und spätestens mit der von Calderon im Jahr 2006 implementierten Strategie gegen die Drogengewalt wurde ihr Machtpotenzial ausgeweitet. Auch wenn man nicht von „systematisch angelegten Menschenrechtsverletzungen“ (Thiery 2006: 121) sprechen kann, so „sind die Grenzen diesbezüglich in Mexiko aufgrund der Verstrickungen von organisierter Kriminalität und korrupten Staatsbediensteten sehr fließend“ (Thiery 2006: 112). *HRW* allein hat seit 2007 neunzig gravierende Fälle dokumentiert (Human Rights Watch 2012). Die innerstaatliche Aufklärungsrate von Delikten ist auch hier sehr gering. Die Militärgerichte sind weder transparent noch für zivile Institutionen zugänglich – es ist offiziell verboten, Urteile und Verfahren zu veröffentlichen (Freeman/ Sierra 2005: 268). Auch die Gefängnissituation ist besorgniserregend. Laut AI starben im Jahr 2011 mehr als 200 Häftlinge in überfüllten Haftanstalten (Amnesty International 2012: 340). Diese sind zudem überbelegt mit tausenden unschuldigen Häftlingen, welche sich vor allem aus Mangel an Rechtsbeistand und finanziellen Mitteln in dieser fatalen Lage befinden (BTI 2012b: 12). Weder die staatlichen Sicherheitskräfte noch die Pfeiler der Strafverfolgung und des Strafvollzugs arbeiten nach rechtsstaatlichen Regeln und Prinzipien.

Die Gewalt und die mit dem Mangel an Rechtsstaatlichkeit verbundene Straflosigkeit stellt in zweierlei Hinsicht eine Gefahr für die Demokratie dar. Auf der einen Seite stehen die Menschenrechtsverletzungen von staatlichen Akteuren, die Unterdrückung und Ermordung von Bürgern durch private Akteure und die nicht mehr gewährleistete Sicherheitsfunktion des Staates. Auf der anderen Seite nimmt jedoch zunehmend die Unterstützung der Demokratie durch die Bürger ab. „Das Auftreten von hohen Kriminalitätsraten kann nicht nur zu einer Erosion der Legitimität von Polizei und Justizapparat führen, sondern auch den Willen der Bürger, sich nach den Regeln des Systems zu richten, beschränken“ (Barahona/ Rivas

2011: 215)³⁷. Die Folge des schwindenden bürgerlichen Vertrauens ist eine sich ausbreitende Lynchjustiz (Thiery 2006: 114) sowie die verstärkte Übernahme originär-staatlicher Sicherheitsaufgaben durch private Akteure. Ein Beispiel hierfür sind die sogenannten *grupos comunitarios de autodefensa* (regionale Selbstverteidigungsgruppen), welche sich vor allem in den Bundestaaten Hidalgo, Michoacán, Guerrero, Chiapas, Oaxaca, Tlaxcala und weiteren um die Sicherheit der Anwohner bemühen (Reyes 2013). Es ist jedoch eine Gradwanderung: Zwar ist eine solche Form von Sicherheitswahrung in vielen indigenen Gemeinden historisch gewachsen und auch zu Teilen heute akzeptiert, doch in anderen Gebieten formieren sich diese Gruppen nicht aus Notwendigkeit, sondern bilden den langen Arm krimineller Organisationen: „Man muss ganz klar unterscheiden, ob diese Gruppen ein notwendiges Mittel zur Wahrung der Sicherheit der Bürger darstellen, oder ob sie in Wirklichkeit eine kriminelle Gruppe repräsentieren, welche den Staat ersetzen und die Bürger unterwerfen will“ (Benítez Manaut 2013)³⁸.

Straflosigkeit und fehlende horizontale Gewaltenkontrolle untergraben die demokratischen Prinzipien. Das Resultat ist leider immer öfter, dass „persistent violations of the rule-of-law often lead to escalation of conflicts that require military intervention, result in enormous loss of life, and set the stage for widespread violations of human rights“ (Yeh 2002: 235). Der Preis von Korruption ist zu hoch für die Demokratie: „We must remember that corruption has been identified as a significant challenge to the process of democratization, because it involves deviations from the rule of law“ (Azaloe 2009: 170). Es bedarf der Erneuerung und Umstrukturierung aller von Korruption betroffenen Institutionen, um zukünftig den Ansprüchen einer liberalen Demokratie zu entsprechen.

„Without the rule of law and without real citizens' rights and duties in force, democracy gradually becomes no more than a set of ritual practices, rather than institutions, constellated around periodic elections and their formal result“ (Pásara 2009: 207).

4.3 Drogenökonomie und organisiertes Verbrechen

Die (zumindest medial) größte Bedrohung für die mexikanische Demokratie stellt seit nunmehr sieben Jahren der sogenannte „war on drugs“ dar. Das Problem des Drogenhandels ist

³⁷ Übersetzung aus dem Spanischen: „La prevalencia de elevados niveles de crímenes e inseguridad pública puede erosionar no solo la legitimidad de la policía y del sistema judicial sino también la voluntad de los ciudadanos para cumplir con las reglas del sistema“ [Übersetzung der Autorin].

³⁸ Übersetzung aus dem Spanischen: „Se debe distinguir claramente cuando estos grupos son una necesidad de protección de la ciudadanía, y cuando significan en realidad una acción criminal para sustituir al Estado y someter a los habitantes“ [Übersetzung der Autorin].

genuin kein Neues³⁹. Seit Mitte der 1970er Jahre prosperiert der illegale Rauschgifthandel in Mexiko und daran hat sich auch seit der Transition nichts geändert (Velasco 2005: 89). „Mexico has historically been a producer of marijuana and heroin destined for U.S. markets. The first drug networks were family-based groups that smuggled drugs and other contraband across the U.S. border“ (Freeman/ Sierra 2005: 263). Seit Mitte der 1990er Jahre ist ein signifikanter Anstieg der mexikanischen Partizipation im internationalen Drogenhandel zu verzeichnen (Velasco 2005: 96). Heute gilt Mexiko als der weltweit größte Produzent von Methamphetaminen (Velasco 2005: 92). Im sogenannten „Goldenen Dreieck“ der Bundesstaaten Sinaloa, Durango und Chihuahua bilden gute klimatische Bedingungen schon lange die perfekte Voraussetzung für den Anbau von Marihuana und Schlafmohn (Hoffmann 2009: 58). Damit bedient Mexiko den steigenden US-amerikanischen Bedarf an synthetischen Suchtstoffen (Idem). Die Hauptproduzenten von Kokain sind hingegen auf dem südamerikanischen Kontinent zu finden⁴⁰.

Für die Entstehung des fast schon interkontinentalen Problems des illegalen Drogenhandels gibt es mehrere Erklärungsansätze: „Durch den Umstand, dass Drogen sanktionierte, knappe und wertvolle Ressourcen sind, entsteht bei entsprechender Nachfrage schnell ein Wettbewerb um deren Nutzung und Handel“ (Siegert 2011: 8). Hoffmann identifiziert neben der geografischen Lage Mexikos als Transitland zwischen den Produktionsländern Südamerikas und dem Hauptkonsumenten, den USA, noch drei weitere Faktoren für den raschen Aufstieg der Kartelle: Zum einen ist hier der Zerfall der großen kolumbianischen Kartelle Mitte der 90er Jahre zu nennen, welcher zu einer fragmentierteren Organisation von Kleinhändlern führte und somit den Handel mit mexikanischen Schmugglern begünstigte (2009: 61). Zum anderen wurden die Rahmenbedingungen des Handels durch den Beitritt Mexikos zum NAFTA-Abkommen erheblich verbessert. „Die Schaffung der Freihandelszone hatte ein schnelles Wachstum des bilateralen Warenaustauschs zur Folge, was einer Vervielfältigung der Schmuggelmöglichkeiten gleichkam“ (Hoffmann 2009: 61). Hinzu kommt, dass der nur schleppend vorangehende Demokratisierungsprozess auch eine zuerst schwache Staatlichkeit mit sich brachte: „For narcotraffickers, [...], the transition to ‘democracy’ and the supposed political disagreements between the two parties made little difference, other than the

³⁹ Einen vollständigen Überblick der Entwicklung der Drogenökonomie und deren Bekämpfung bieten Watt und Zepeda (2012).

⁴⁰ „The Andean countries monopolize cocaine production, with Colombia, Peru and Bolivia, accounting for 98 percent of the world’s total production, most of which is exported to the United States and Europe“ (Velasco 2005: 92).

evident opportunities to increase and expand their activities which the *cambio* presented“ (Watt/ Zepeda 2012: 142). Korruption, Drogenökonomie und die demokratische Transition sind nicht als separate Phänomene zu sehen. Vielmehr repräsentieren sie die „interconnected parts of the overall process of political change in Mexico“ (Velasco 2005: 91).

Heute ist die große Schwierigkeit nicht nur die Bekämpfung von illegalen Drogengeschäften, sondern die der dahinter stehenden *organisierten Gewalt*⁴¹. Es ist nicht richtig, die instabile Situation lediglich auf den Drogenhandel und die dagegen implementierte Strategie zu reduzieren. Vielmehr bedienen die Kartelle inzwischen eine Reihe von unterschiedlichen Absatzmärkten. In Anbetracht von Menschenhandel, Entführungen, illegalem Waffenhandel, Autoschieberei, Schutzgelderpressungen und vielen anderen Feldern erscheint der Drogenhandel fast zweitrangig.

Anfang des Jahres 2006 gab es noch sechs große Kartelle in Mexiko mit den Namen Juárez, Sinaloa, Tijuana, Golfo, La Familia und Milenio (Guerrero Gutiérrez 2011: 29)⁴². Diese Formation hat sich jedoch heute schon wieder weitestgehend geändert. Zu den größten und auch heute noch international am einflussreichsten Kartellen gehören: „the Cartel del Pacífico (an alliance between the Sinaloa Federation and the Gulf Cartel) and the Zetas (Los Zetas)“ (UNODC 2012b: 22). Die Zusammensetzung der *Zetas* rückt die Verknüpfung von Armee und organisiertem Verbrechen in ein besonderes Licht, da es sich hierbei um desertierte „Elite-Militärs“ handelt (Velasco 2005: 118; Siegert 2011: 50). Schon während der Herrschaft der PRI gab es Allianzen zwischen Politikern und Gruppierungen des organisierten Verbrechens in einigen Bundesstaaten. Diese Verbindung erklärt, warum es überhaupt möglich war, über einen so langen Zeitraum den illegalen Handel auszuweiten: “The evidence of high-level government protection is significant because it is impossible to move tons of cocaine, launder thousands of millions of dollars, and maintain a clandestine organization of several hundred armed persons without a system of political and police protection” (Yeh 2012: 237). Kriminelle Banden mussten ihre Geschäfte möglichst gewaltfrei verüben

⁴¹ Die organisierten Gruppen hinter diesen Straftaten können als wie folgt definiert und von anderen kriminellen Vereinigungen unterschieden werden: „It has been argued that organized crime groups differ from other crime groups in that they specialize in enterprise as opposed to predatory crimes, have a durable hierarchical structure, employ systemic violence and corruption, obtain abnormally high rates of return relative to other criminal organizations, and extend their activities into the legal economy“ (UNODC 2002: 4).

⁴² „Die sogenannten Drogenkartelle sind die Hauptakteure im mittleren und damit lukrativen Teil der Distributionskette und unterscheiden sich in ihrer Form von anderen kriminellen Vereinigungen, da sie transnationale und dezentral agierende Organisationen sind, welche sich planmäßig und regelmäßig an illegalen Aktionen beteiligen bzw. diese initiieren, kontrollieren und mit legalen Unternehmen verknüpfen“ (Siegert 2011: 12). Ein kompletter Überblick zu allen Kartellen ist jedoch nicht Teil dieser Arbeit.

und durften sich nur in bestimmten Territorien bewegen und im Gegenzug die lokale Politik finanziell unterstützen, um ungestört agieren zu können (Hoffmann 2009: 66).

4.3.1 Wirtschaftliche und soziale Aspekte

Die Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit und das Umgehen der demokratischen Rechenschaftspflicht haben für die wirtschaftliche Entwicklung des Drogenhandels eine solide Basis geschaffen, denn die Drogenökonomie kann aufgrund „der Abwesenheit von Grenzen, Zöllen, Abgaben, Steuern, Begrenzungen oder Qualitätskontrollen“ als „einer der freiesten Märkte der Welt“ bezeichnet werden (Siegert 2011: 9). „Operating through vast networks of street and prison gangs, police, customs officials, front companies, banks, and many others, Mexican cartels employ an estimated 450,000 people; have operations throughout the United States and in parts of Central and South America, as well as Europe; and take in between \$25 billion and \$30 billion a year“ (Morris 2012: 217). Diese Zahlen lassen erahnen, dass es sich zum einen um einen sehr lukrativen Geschäftszweig handelt, und dass das wiederum in einem Land mit wenig Perspektiven für den weniger gut ausgebildeten Teil der Bevölkerung eine große Gefahr darstellt. Denn oftmals erscheint gerade in ländlichen Gebieten der Einstieg in das Drogengeschäft als einzige Möglichkeit, gesellschaftlichen Aufstieg beziehungsweise ökonomische Sicherheit zu erlangen. Zwar wäre es vermessen zu behaupten, dass es einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem großen Anteil an armer Bevölkerung (ca. 40%) und dem Ausbruch der Gewalt gibt, aber die Perspektivlosigkeit der jungen Generation bietet eine große Angriffsfläche für ein potentiell Anwerben durch die Kartelle (BTI 2012b: 27). Die kriminellen Banden zeugen meistens durch besondere Rituale von einer besonderen Bindung der Mitglieder untereinander und neben wirtschaftlichen Gesichtspunkten ist der Faktor Sicherheit oft ausschlaggebend für einen Beitritt: „greater business credibility, increased protection, the physical or economic elimination of rivals, and an expanded network of contacts (in a world in which such contacts are by nature shadowy)“ stehen hierfür stellvertretend (Bailey/ Taylor 2009: 7). Soziale Ungleichheit und Arbeitslosigkeit haben eine entscheidende Rolle bei der Ausweitung des Machtbereichs der mexikanischen Kartelle gespielt: „as drug cartels became guardians of their own territories, a need to recruit new cartel members to form private armies began, generating the incentives for a violent illegal labor-market to emerge“ (Trelles/ Carreras 2012: 92). Verstärkt wird die zum Teil zivile Unterstützung der Narco-Strukturen durch die daraus entstandene Subkultur: „the emergence of a

powerful and complex social identity, replete with narcomansiones, narcoarte, narcointelligenda, narcoabogados, and narcocorridos, and involving cultlike religions and blood and ritual sacrifice" (Morris 2012: 218).

4.3.2 Der mexikanische „Drogenkrieg“

Als die PRI 1997 erstmals die Mehrheit im Abgeordneten Haus verlor, begann auch die Erosion ihrer Macht über die Kartelle. Während über Jahrzehnte lang Klientelismus und Korruption zu einer quasi Unsichtbarkeit der organisierten Kriminalität geführt hatten, so war nach dem Machtverlust der PRI das Image eines sicheren Staates nicht mehr aufrechtzuerhalten⁴³: „With respect to drug trafficking, the overall pattern of state-organized crime relations in the period roughly 1980-2001 was one in which corruption predominated“ (Bailey/ Taylor 2009: 18). Es wurde ersichtlich, dass die Kartelle anfangen, Mitglieder der Polizei, des Militärs, der Banken und Politiker wie ihre Angestellten zu behandeln – eine eindeutige Umkehrung der Verhältnisse im Vergleich zu PRI-Zeiten (Watt/ Zepeda 2012: 142).

Durch die 2006 von Felipe Calderón implementierte Strategie des innerstaatlichen Einsatzes des Militärs zur Bekämpfung des Drogenkriegs kam es zur Zerschlagung der sechs großen Kartelle, was wiederum zur Folge hatte, dass die Zersplitterung in 16 kleinere Organisationen (Gutiérrez 2012: 281) in einem ausufernden Konkurrenzkampf um Territorien resultierte (Schulz 2011: 3)⁴⁴. „In the absence of an overarching cartel structure, violence is a necessary component of the illegal drug world“ (Velasco 2005: 105). Jede Veränderung des status quo kann in einem Ausbruch von Gewalt resultieren (UNODC 2012b: 65). Hierin wird von einigen Forschern die Ursache für die Gewalteskalation gesehen (Schulz 2011: 3). Außerdem birgt der innerstaatliche Einsatz von Militär zur Herstellung von Sicherheit Gefahr. „Weil das Militär in der Mehrzahl nicht für die Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben, sondern für den Krieg ausgebildet ist, kommt es immer wieder vor, dass Soldaten in kritischen Situationen zu überzogener Gewalt greifen“ (Jäger 2011: 3)⁴⁵. Und die Folgen dessen spiegeln sich (wie in

⁴³ „It is worth noting, finally, that the state's primary objective with respect to public security is often not to maintain public order, but rather, to maintain the public impression of the proper provision of public order“ (Bailey/ Taylor 2009: 9).

⁴⁴ Siehe auch: „Drug-related violence is now uncontrolled, as rival cartels battle for territory. They have seized the opportunity to go after their competitors and are assassinating the police officers and prosecutors who do go after them“ (Yeh 2012: 238).

⁴⁵ Hinzu kommt, laut Bailey und Taylor, eine beachtliche Zahl von Deserteuren der Armee und Polizei, welche nicht selten zur Seite der Kartelle wechselten. Bedingt durch ihr Know-how in Sachen Strategie, Waffen und Kommunikation sowie die oftmals noch bestehenden Kontakte zu immer noch amtierenden Beamten stellen

Punkt 3.2 besprochen) durch die Ineffizienz des Justizsystems in einer immer größeren Spirale der Straflosigkeit wieder. Unterstützung erhält Mexiko von den USA in Form von finanziellen Hilfen für die Beschaffung von Waffen und in der Ausbildung der militärischen Einheiten durch die sogenannte *Merida-Initiative* (BTI 2012b: 33). Die bisherigen Ergebnisse sind zum einen ein tatsächlicher Abfall der geschmuggelten Menge an Kokain und die Verlagerung von Schmugglerwegen (UNODC 2011: 52), sowie zum anderen aber ein signifikanter Anstieg der Mordrate. Lag diese im Jahr 2006 noch bei 9,7 (pro 100.000 Einwohner) so ist sie 2010 auf 22,7 und 2011 sogar auf 23,7 gestiegen (UNODC 2012a).

Eine Verallgemeinerung und Übertragung der Vorgänge an den Hauptschauplätzen des Drogenkriegs auf den Rest des Landes ist jedoch unbegründet. „Die Gewalt ist [...] weder allgegenwärtig noch ausschließlich der Auseinandersetzung zwischen den Drogenkartellen oder zwischen diesen und den staatlichen Sicherheitskräften zuzuordnen“ (Schulz 2011: 2). Die Verknüpfung zwischen kriminellen Organisationen und den staatlichen Sicherheitskräften steht jedoch sinnbildlich für den Konflikt (Bailey/ Taylor 2009: 21). Des Weiteren wird davon ausgegangen, dass 85% der Morde in insgesamt nur elf Bundesstaaten verübt worden sind, beziehungsweise werden (Trelles/ Carreras 2012: 95; UNODC 2011: 50): „In some states (Chihuahua, Michoacán, Guerrero, Tamaulipas) and cities (Ciudad Juarez, Acapulco, Matamoros) the situation seems out of control, seemingly the product of a failed state. However, in most other parts of the country, crimes in the context of this „war“ are rare or non-existent“ (BTI 2012b: 6). Zwar gibt es keine offiziellen Zahlen, aber es sollte erwähnt werden, dass ca. 90% der Todesopfer mit den Kartellen in Verbindung stehen - sei es als Mitarbeiter oder von Seiten der Polizei oder des Militärs - und der Anteil an zivilen Opfern vergleichsweise gering ist (Mendoza/ Navarro 2011). Diese Tatsache verringert in keinster Weise die Tragik der Statistik, aber sie zeigt, dass es sich um ein strukturell sehr differenziertes „Kriegsphänomen“ handelt.

Watt und Zepeda argumentieren, „that the so-called ‘democratisation‘ contributed to the escalation of a crisis in the ‘war on drugs‘ as the PRI finally surrendered its dominance over the drug trade“ (2012: 143). Verstrickungen der PRI in den mexikanischen Mafia-Strukturen sind ersichtlich geworden, und dennoch kann aufgrund dessen keine genaue Aussage über die Ursache der Gewaltwelle getroffen werden. Die aufgezeigten, historisch ge-

sie eine wichtige Bereicherung dar. Genaue Zahlen zu übergetretenen Ehemaligen gibt es nicht, jedoch schätzt das Verteidigungsministerium den Anteil ehemaliger Soldaten in den Kartellen auf ein Drittel (2009: 19).

wachsenen, Mängel der mexikanischen Demokratie lassen jedoch erahnen, dass eine Verkettung vieler Faktoren am ehesten als Erklärungsgrundlage dienen kann⁴⁶. Ein Grund warum die Gewalt jedoch nicht einzudämmen ist, wird auch ersichtlich: „If the drug war is being lost, the ultimate reason may be corruption. The evidence of Mexican corruption suggests how corrupt authorities protect the traffickers from honest members of law enforcement, why government authorities have been unable to control narcotics trafficking and the associated violence, and why it has become nearly impossible for honest members of law enforcement to prevail“ (Yeh 2012: 239). Demzufolge ist die Demokratietransition kein passiver Gegenspieler: „in several ways, it has also contributed to exacerbating the drug problem and to increasing its political consequences“ (Velasco 2005: 120). Die eskalierende Gewalt hat darüber hinaus auch Auswirkungen auf das Wahlverhalten. Die Wahlbeteiligung fiel in den von der Gewalt besonders betroffenen Staaten bei den Präsidentschaftswahlen 2012 niedriger aus als in weniger gefährlichen Regionen (Díaz Cayeros u.a. 2012), was wiederum eine indirekte Gefahr für die Demokratie impliziert, da der Zugang zu einer freien und fairen Wahl durch die Gewalt beschränkt wird.

Ein Ende des Problems ist noch lange nicht in Sicht und es gibt sicherlich keine absolute Lösung. Die meisten Forscher plädieren für eine Verknüpfung verschiedener Strategien zur Beendigung der Gewalt. Während ein sogenannter „Pakt“ der Regierung mit den kriminellen Organisationen allgemein als nicht zielführend gesehen wird (Guerrero Gutiérrez 2012: 283), so ist eine Kombination aus (u.a.) Reduzierung der wirtschaftlichen Rentabilität von Drogengeschäften, Stärkung und Umstrukturierung der nationalen Sicherheitskräfte sowie deren bessere Bezahlung, Bindung aller Mitglieder der Gesellschaft an das geltende Rechtssystem sowie die Umstrukturierung des Justizapparates, Stärkung der zivilgesellschaftlichen Strukturen und einem konsequenten Vorgehen gegen Korruption auf allen Ebenen bei vielen Forschern ein möglicher Weg (González Pérez 2012; BTI 2012b: 35).

„Some blame the violence on the war between cartels, some blame poverty, some blame the army, some blame the army's fighting the cartels, some blame local street gangs, some blame drugs, some blame slave wages, some blame corrupt government. But regardless of the blame, no one can figure out who controls the violence, and no one can imagine how the violence will be stopped. But everyone grows numb. Murders slip off the front page and become part of the ordinary noise of life“ (Morris 2012: 219).

⁴⁶ „In principle, violent struggle, corruption, and passive government toleration might be exclusive of each other; in reality a combination of all three is more likely to exist“ (Velasco 2005: 105).

5 Fazit

Vielleicht mag das Bild der mexikanischen Gesellschaft verzerrt sein. Korruption und Kriminalität stellen ein sehr ernstzunehmendes Problem dar, das gesellschaftlich tief verankert ist. Das heißt jedoch nicht, dass es keine Mobilisierung und Auflehnung gegen die Missstände gäbe. Bewegungen, wie die des mexikanischen Autors Javier Sicilia, „Movimiento por la Paz con Justicia y Dignidad“⁴⁷, sowie die studentische Protestbewegung *YoSoy132*⁴⁸ sind einige Beispiele für die wachsende Zivilgesellschaft. Aber reicht das aus?

Die Präsidentschaftswahlen von 2012 könnten ein Zeichen für das Gegenteil sein. Wie schon im Jahr 2006 trat *AMLO* im Präsidentschaftswahljahr 2012 wieder als Kandidat für die PRD an. Nach sechs Jahren intensivem Wahlkampf und dem Versprechen „a government based on the well-being of all sectors of society“ (Flores-Macías 2013: 132) zu etablieren, hat sich gezeigt, dass Mexiko noch immer nicht für einen „cambio verdadero“⁴⁹ bereit ist. Zu verlockend war die Vorstellung, einfach wieder zum vermeintlichen „pax-PRlista“⁵⁰ zurückzukehren. Das Morden und die Gewalt sollten endlich ein Ende haben. „**¡Estamos hasta la madre!**“⁵¹ wurde zum Gefühl einer ganzen Nation. Es ist eine verständliche Forderung. Allerdings stellt sich die Frage nach dem richtigen Mittel. Mit einer Wahlbeteiligung von etwas mehr als 50% (bei knapp 120 Millionen Einwohnern) und einem Ergebnis von 38,21% (Díaz Cayeros u.a. 2012) bei den Präsidentschaftswahlen von 2012 haben schätzungsweise 1/6 der mexikanischen Staatsbürger für *Enrique Peña Nieto* (PRI) gestimmt. Eine niedrige Wahlbeteiligung kann in der Wahrnehmung resultieren, dass ein Großteil der Bevölkerung aus Politikverdruss und Enttäuschung nicht an der Wahl teilgenommen hat. Aber es ist natürlich gewagt, eine solche Aussage vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Heterogenität Mexikos und seiner ungleichen Lebensverhältnisse zu treffen. Man sollte die heutige Partei nicht komplett mit dem autoritären System des 20. Jahrhunderts gleichsetzen, aber von einer ganz

⁴⁷ „Bewegung für den Frieden durch Gerechtigkeit und Würde“ [Übersetzung der Autorin]. Weitere Informationen unter: <http://movimientoporlapaz.mx/category/javier-sicilia/>.

⁴⁸ „Ich bin 132“ [Übersetzung der Autorin]. Weitere Informationen unter: <http://sosyosoy132.wordpress.com/about/>.

⁴⁹ „echten Wandel“ (Übersetzung der Autorin)

⁵⁰ Der sogenannte „PRI-istische Frieden“ bezeichnet die Phase relativer Stabilität während der Einparteiengimes (Siegert 2011: 31)

⁵¹ „Wir haben genug!“ (Übersetzung der Autorin) ist der Titel eines Buches von Javier Sicilia und gleichzeitig das Motto seiner Bewegung.

anderen Partei kann keine Rede sein und es stellt sich die Frage inwiefern die Regierung von EPN bereit ist, auf die genannten Probleme angemessen zu reagieren⁵².

Ist Mexiko also eine, wenn auch *defekte*, Demokratie, obwohl die aufgezeigten Schwachstellen das alltägliche Leben so stark beeinflussen? Das Konzept der *embedded democracy* und die ihr immanenten Subtypen defekter Demokratien ermöglichen es, dieses Problem zu lösen: Mexiko ist eine illiberale Demokratie und durch die Hervorhebung der Schwäche der Rechtsstaatlichkeit ist es möglich, die genannten Phänomene zu verorten und Erklärungsversuche für den Ausbruch der verstärkten Bandenrivalität heranzuziehen. Die Abstinenz von Rechtsstaatlichkeit ist das am stärksten beschädigte Teilregime. Ein Blick auf die Systemtransformation hat gezeigt, dass nicht genügend institutionelle Veränderungen vorgenommen worden sind, weshalb die mexikanische Demokratie heute noch mit den Schwächen der alten Autokratie zu kämpfen hat. Die Einordnung ist in diesem Fall sehr deutlich, obwohl es sehr wohl einige Probleme gibt, die sich auch mit dem Konzept der defekten Demokratie nicht erklären lassen, beziehungsweise, wo es nicht weit genug greift. Es stellt sich die Frage, ab wann Unregelmäßigkeiten bei Wahlvorgängen, wie verschwundene Urnen und Wählerbestechung⁵³, auf eine eindeutige Nichterfüllung der elektoralen Minima hinauslaufen und in welchem Maße nicht. Darüber hinaus stellt die Übernahme staatlicher Aufgaben durch die Kartelle in einigen Regionen Mexikos⁵⁴ tatsächlich einen Beweis für den teilweisen Kontrollverlust des Staates dar und zeigt dessen Unfähigkeit, für die Garantie einzelner Menschenrechte einzustehen. Eine Formel zum Umgang mit diesen Phänomenen fehlt jedoch.

Ausgehend von den vier Ebenen der Konsolidierung kann festgestellt werden, dass die mexikanische Demokratie sich bis heute nicht vollständig in allen Bereichen entwickelt hat. Zwar ist das Wahlregime deutlich reformiert und auch im Bereich der Beschränkung der Macht des Präsidenten sind eindeutig Fortschritte erzielt worden, allerdings ist es nie zu ei-

⁵² Ein Sprecher der Hauptversammlung der PRI sagte dem mexikanischen Magazin *Proceso* folgendes: "Somos el PRI de siempre, pero un PRI que ya aprendió lo que no puede hacer; un PRI que sabe que no se pueden restaurar prácticas políticas equivocadas; un PRI que ya aprendió en que no puede pensar en establecer mecanismos autoritarios y verticales" [Wir sind immer noch die gleiche PRI, aber eine PRI die gelernt hat was sie nicht tun darf und eine PRI die weiß, dass man falsche Politiken nicht wieder aufleben lassen sollte, eine PRI die gelernt hat, dass sie nicht wieder autoritäre und vertikale Mechanismen implementieren darf (Übersetzung der Autorin)] (Proceso 2013).

⁵³ Siehe hierzu Bräth (2012).

⁵⁴ Es ist bekannt, dass einige Kartelle gerade in ländlichen und ärmeren Regionen sich die zivile Unterstützung durch den Bau von Schulen und anderen gemeinnützigen Einrichtungen sichern. Außerdem nutzen sie ihre finanziellen Ressourcen um gezielt Politiker und Politiken zu unterstützen (BTI 2012b: 31). Die Quellenlage ist jedoch aufgrund der genannten Einschränkungen journalistischer Arbeit nur unzureichend.

ner groß angelegten Reformierung der Verfassung gekommen. Nach der Systemtransformation hat sich also keine konsolidierte, sondern eine defekte Demokratie entwickelt. Die Schwäche der Legislative und die daraus resultierende Verletzung bürgerlicher Freiheitsrechte blockiert die Konsolidierung auf allen weiteren Ebenen. Außerdem gehe ich, wie Croissant, davon aus, dass „eine geschwächte Staatlichkeit, Armut und soziale Unterentwicklung, unvorteilhafte regionale Rahmenbedingungen und das Fehlen von zivilgesellschaftlichen und rechtstaatlichen Traditionen eine beständige Konsolidierungsbremse“ (2010: 111) sein können.

Die Frage nach dem Drogenkrieg als externen Demokratiestabilisator möchte ich mit einer gewissen Vorsicht beantworten. Die Analyse hat gezeigt, dass es viele historisch gewachsene und tief in der Gesellschaft verankerte Probleme gibt, die dafür sprechen die These zu widerlegen. Ein Staat der sich, vor allem in Bezug auf nicht ausreichende konstitutionelle und strukturelle Veränderung, noch immer in der Phase der demokratischen Institutionalisierung befindet, bietet prinzipiell eine große Angriffsfläche zur Unterwanderung rechtsstaatlicher Prinzipien. Die Strukturen der Gruppen organisierter Gewalt sind mit der demokratischen Entwicklung Mexikos gewachsen und die Verflechtungen von Kartellen mit staatlichen, zivilen, militärischen und polizeilichen Gruppen nicht zu überblicken. Die eigentliche Gefahr für die Demokratie (und deren Konsolidierung) liegt dementsprechend in der bislang nicht erfolgreichen Überwindung rechtssatlicher Defizite: Ohne ein funktionierendes Justizsystem und ohne die Bekämpfung der Korruption wird es immer einen Nährboden für kriminelle Organisationen geben. Solange die Konsolidierung nicht auf staatlicher, institutioneller und gesellschaftlicher Ebene implementiert ist, geht auch vom hohen Grad der Demokratieunzufriedenheit der Bürger eine Gefahr aus. Ohne demokratische Vorerfahrung kann es schwer fallen, nach einer von gewaltsamen Konflikten geprägten Epoche der Demokratisierung, das Ziel der Konsolidierung weiter im Auge zu behalten und zu verfolgen. Die Bekämpfung der Drogenkriminalität und die Konsolidierung der Demokratie werden nur durch die Reformierung des Justizwesens, der effektiven Bekämpfung von politischer Korruption und durch die Mobilisierung der Zivilgesellschaft Aussicht auf Erfolg haben.

„Mexico needs a war on impunity, rather than a war on drugs, a war that requires the mobilization of society“ (Morris 2012: 223).

Literaturverzeichnis

Azaola, Elena, 2009: The Weaknesses of Public Security Forces in Mexico City. In: *Bergman/ Marcelo, Whitehead/ Laurence, 2009: Criminality, Public Security, and the Challenge to Democracy in Latin America.* University of Notre Dame Press. Notre Dame. S. 147- 172.

Bailey, John/ Taylor, Matthew M., 2009: Evade, Corrupt, or Confront? Organized Crime and the State in Brazil and Mexico. In: *Journal of Politics in Latin America*, Nr.1 (2), S. 3-29.

Barahona, Elena M./ Rivas, Christina, 2011: Explorando las Implicaciones de la “Epidemia del Crimen” en México. In: *Martí i Puig, Salvador/ Ortega Ortiz, Reynaldo Y./ Somuano Ventura, Ma. Fernanda, 2011: La democracia en México. Un análisis a 10 años de la alternancia.* Edicions Bellaterra. Barcelona. S. 213-246.

Benítez Manaut, Raúl, 2013: OPINIÓN: Policías Comunitarias, Autodefensas o Paramilitares, ¿Qué son? Online unter: <http://mexico.cnn.com/opinion/2013/04/02/opinion-policias-comunitarias-autodefensas-o-paramilitares-que-son>. Zuletzt aufgerufen am: 22.06.2013.

BTI (Bertelsmann Transformation Index), 2012a: Codebook for Country Assessments. Online unter: http://www.bti-project.de/uploads/tx_jpddownloads/BTI2012_Codebook.pdf. Zuletzt aufgerufen am: 15.06.2013.

BTI (Bertelsmann Transformation Index), 2012b: Mexico Country Report. Online unter: <http://www.bti-project.de/fileadmin/Inhalte/reports/2012/pdf/BTI%202012%20Mexico.pdf>. Zuletzt aufgerufen am: 02.05.2013.

BTI (Bertelsmann Transformation Index), 2012c: Scores. Online unter: http://www.bti-project.org/uploads/tx_jpddownloads/BTI2012_Scores.xls. Zuletzt aufgerufen am: 25.06.2013.

Braig, Marianne/ Müller, Markus-M., 2008: Das politische System Mexikos. In: *Stüwe, Klaus/ Rinke, Stefan, 2008: Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika. Eine Einführung.* VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. S. 388-414.

Bräth, Eva, 2012: Rückkehr der PRI ruft die Zivilgesellschaft auf den Plan. Demonstrationen gegen Wahlbetrug in Mexiko. Online unter: <http://www.boell.de/weltweit/lateinamerika/lateinamerika-mexico-wahlen-2012-15132.html>. Zuletzt aufgerufen am: 07.07.2013.

Carreras, Miguel, 2012: Party Systems in Latin America After the Third Wave: A Critical Re-assessment. In: *Journal of Politics in Latin America*, Nr. 4 (1), S. 135-153.

Croissant, Aurel, 2002: Von der Transition zur defekten Demokratie. Demokratische Entwicklung in den Philippinen, Südkorea und Thailand. Westdeutscher Verlag. Wiesbaden.

Croissant, Aurel, 2010: Analyse defekter Demokratien. In: *Schrenk, Klemens H./ Soldner, Markus, 2010: Analyse demokratischer Regierungssysteme. Festschrift für Wolfgang Ismayr zum 65. Geburtstag.* VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. S. 93-114.

Collier, David/ Levitsky, Steven, 1997: Democracy with Adjectives: Conceptual Innovation in Comparative Research. In: *World Politics*, Nr. 49 (3), S. 430-451.

Cámara de Diputados, 2013: Constitución Política de los Estados Unidos Mexicanos. Online unter: <http://www.diputados.gob.mx/LeyesBiblio/pdf/1.pdf>. Zuletzt aufgerufen am: 30.06.2013.

Dahl, Robert A., 1971: Polyarchy: Participation and Opposition. Yale University Press. New Haven and London.

Díaz Cayeros, Alberto/ Magaloni, Beatriz/ Olarte, Jorge/ Franco, Edgar, 2012: 2012 Electoral Geography. Stanford Program on Poverty and Governance. Online unter: <http://iis-db.stanford.edu/pubs/23882/2012ElectionReport.pdf>. Zuletzt aufgerufen am: 28.06.2013.

Elizondo, Carlos, 2003: After the Second of July: Challenges and Opportunities for the Fox Administration. In: *Tulchin, Joseph S./ Selee, Andrew D., 2003: Mexico's Politics and Society in Transition.* Lynne Rienner Publishers, Inc.. Boulder. S. 29-54.

Flores-Macías, Gustavo, 2013: Mexico's 2012 Elections: The Return of the PRI. In: *Journal of Democracy*, Nr. 24 (1), S. 128-141.

Freedom House, 2012: Freedom in the World 2012. Mexico. Online unter: <http://www.freedomhouse.org/report/freedom-world/2012/mexico>. Zuletzt aufgerufen am: 10.07.2013.

Freedom House, 2013: Freedom in the World 2013. Democratic Breakthroughs in the Balance. Selected Data from Freedom House's Annual Survey of Political Rights and Civil Liberties. Online unter: http://www.freedomhouse.org/sites/default/files/FIW%202013%20Booklet%20-%20for%20Web_1.pdf. Zuletzt aufgerufen am: 04.06.2013.

Freeman, Laurie/ Sierra, Luis J., 2005: Mexico: The Militarization Trap. In: *Youngers, Coletta A./ Rosin, Eileen, 2005: Drugs and Democracy in Latin America. The Impact of U.S. Policy.* Lynne Rienner Publishers, Inc.. Boulder. S. 263-302.

Garrido, Diego, 2003: Die defekte Demokratie in Südamerika. Westfälische Wilhelms-Universität. Münster.

Giraudy, Agustina, 2010: The Politics of Subnational Undemocratic Regime Reproduction in Argentina and Mexico. In: *Journal of Politics in Latin America*, Nr.2 (2), S. 53-84.

González Pérez, Luis R., 2012: La Propuesta de la UNAM en Materia de Seguridad y Justicia. In: *Córdova, Lorenzo/ Murayama, Ciro/ Salazar, Pedro, 2012:* México 2012. Desafíos de la consolidación democrática. Tirant lo Blanch. México, D.F.. S. 269-286.

Guerrero Gutiérrez, Eduardo, 2011: Security, Drugs and Violence in Mexico: A Survey. 7th North American Forum Washington DC. Online unter: http://iis-db.stanford.edu/evnts/6716/NAF_2011_EG_%28Final%29.pdf. Zuletzt aufgerufen am: 07.07.2013.

Guerrero Gutiérrez, Eduardo, 2012: Los Nuevos Desafíos del Crimen Organizado. In: *Córdova, Lorenzo/ Murayama, Ciro/ Salazar, Pedro, 2012:* México 2012. Desafíos de la Consolidación Democrática. Tirant lo Blanch. México, D.F.. S. 281-286.

Hoffmann, Karl-Dieter, 2009: Regierung contra Kartelle: Der Drogenkrieg in Mexiko. Online unter: http://library.fes.de/pdf-files/ipg/ipg-2009-2/2-09_a_hoffmann_d.pdf. Zuletzt aufgerufen am: 25.06.2013.

Hoffmann, Karl-Dieter, 2011: Calderons gescheiterter Feldzug gegen die Drogenkartelle. Aus Politik und Zeitgeschichte. Online unter: <http://www.bpb.de/apuz/33088/calderons-gescheiterter-feldzug-gegen-die-drogenkartelle>. Zuletzt aufgerufen am: 25.06.2013.

Huffs Schmid, Anne, 2006: Traurige Demokratie: Mexiko vor der "Unregierbarkeit". Aus Politik und Zeitgeschichte. Online unter: <http://www.bpb.de/apuz/29327/traurige-demokratie-mexiko-vor-der-unregierbarkeit>. Zuletzt aufgerufen am: 25.06.2013.

Hughes, Sallie, 2005: Post-authoritarian politics in Mexico: Beyond 2000, Elections, and the Formal Political Arena. In: *Latin American Research Review*, Nr. 40 (3), S. 429-442.

Human Rights Watch, 2012: World Report 2012: Mexico. Online unter: http://www.hrw.org/sites/default/files/related_material/mexico_2012.pdf. Zuletzt aufgerufen am: 23.06.2013.

Huntington, Samuel P., 1991: The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century. University of Oklahoma Press. Norman.

Jäger, Matthias, 2011: Schritt zurück nach vorn? Mexikos Demokratie. Online unter: <http://www.bpb.de/apuz/33092/schritt-zurueck-nach-vorn-mexikos-demokratie>. Zuletzt aufgerufen am: 30.06.2013.

Latinobarómetro, 2011: Informe 2011. Online unter: <http://www.latinobarometro.org/latino/LATContenidos.jsp>. Zuletzt aufgerufen am: 19.06.2013.

Lauth, Hans-Joachim, 1991: Mexiko zwischen traditioneller Herrschaft und Modernisierung. Die Gewerkschaften im Wandel von Politik und Wirtschaft (1964-1988). Politikwissenschaftliche Perspektiven, Bd. 3. Lit Verlag. Münster, Hamburg.

Lauth, Hans-Joachim, 1997: Dimensionen der Demokratie und das Konzept defekter und funktionierender Demokratien. In: *Pickel, Gert/ Pickel, Susanne/ Jacobs, Jörg, 1997: Demokratie: Entwicklungsformen und Erscheinungsbilder im interkulturellen Vergleich.* Scrípvaz-Verlag. Frankfurt O./ Bamberg. S. 33-53.

Lawson, Chappell, 2009: Introduction: The Mexican 2006 Election in Context. In: *Domínguez, Jorge I./ Lawson, Chappell/ Moreno, Alejandro, 2009: Consolidating Mexico's Democracy: The 2006 Presidential Campaign in Comparative Perspective.* The John Hopkins University Press. Baltimore. S. 1-25.

Levitsky, Steven/ Murillo, María V., 2013: Building Institutions on Weak Foundations. In: *Journal of Democracy, Vol. 24 (2), S. 93-107.*

Magaloni, Beatriz, 2005: The Demise of Mexico's One-Party Dominant Regime. Elite Choices and the Masses in the Establishment of Democracy. In: *Hagopian, Frances/ Mainwaring, Scott P., 2005: The Third Wave of Democratization in Latin America. Advances and Setbacks.* Cambridge University Press. New York. S. 121-148.

Maihold, Günther, 2010: Auf dem Weg zum „anderen“ Mexiko: Eine Bilanz der Amtszeit von Vicente Fox. In: *Birle, Peter, 2010: Lateinamerika im Wandel.* Nomos Verlag. Baden-Baden. S. 139-164.

Maihold, Günther, 2012: Wahlen im Schatten des organisierten Verbrechens. Mexiko zwischen State Capture und Staatsversagen. In: *Weltrends, Zeitschrift für Internationale Politik, Nr. 84, S. 5-11.*

Marshall, Monty G., 2001: Measuring the Societal Impact of War. Online unter: <http://www.systemicpeace.org/IPAmgm.pdf>. Zuletzt aufgerufen am: 07.07.2013.

Marshall, Monty G./ Cole, Benjamin R., 2011: Global Report 2011. Conflict, Governance and State Fragility. Online unter: <http://www.systemicpeace.org/GlobalReport2011.pdf>. Zuletzt aufgerufen am: 18.06.2013.

Mendoza, Enrique/ Navarro, Adela, 2011: Ya son 50 Mil los Muertos en la Guerra Antinarco: Zeta. Online unter: <http://www.proceso.com.mx/?p=276308>. Zuletzt aufgerufen am: 07.07.2013.

Merkel, Wolfgang/ Croissant, Aurel, 2000: Formale und informale Institutionen in defekten Demokratien. In: *Politische Vierteljahresschrift, Nr. 41 (1), S. 3-30.*

Merkel, Wolfgang/ Puhle, Hans-Jürgen/ Croissant, Aurel/ Eicher, Claudia/ Thiery, Peter, 2003: Defekte Demokratie. Band 1: Theorie. Leske + Budrich. Opladen.

Merkel, Wolfgang, 2010: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2. Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.

Morris, Stephen D., 2009a: Corruption and Democracy at the State Level in Mexico. In: *Blake, Charles H./ Morris, Stephen D., 2009: Corruption & Democracy in Latin America.* University of Pittsburgh Press. Pittsburgh. S. 169-192.

Morris, Stephen D., 2009b: Political Corruption in Mexico. The Impact of Democratization. Lynne Rienner Publishers, Inc.. Boulder.

Morris, Stephen D., 2012: Drugs, Violence and Life in Mexico. In: *Latin American Research Review*, Vol. 42 (2), S. 216-223.

O'Donnell, Guillermo, 1994: Delegative Democracy. In: *Journal of Democracy*, Nr. 5 (1), S. 55-69.

Olvera, Alberto J., 2010: The Elusive Democracy: Political Parties, Democratic Institutions, and Civil Society in Mexico. In: *Latin American Research Review*, Vol. 45, S. 79-107.

Pásara, Luis, 2009: Criminal Process Reform and Citizen Security. In: *Bergman, Marcelo/ Whitehead, Laurence, 2009: Criminality, Public Security, and the Challenge to Democracy in Latin America.* University of Notre Dame Press. Notre Dame, Indiana. S. 203-222.

Proceso, 2013: "Ni viejo ni nuevo, somos el PRI de siempre": Comité Ejecutivo Nacional. Online unter: <http://www.proceso.com.mx/?p=333285>. Zuletzt aufgerufen am: 02.07.2013.

Preston, Julia/ Dillon, Samuel, 2004: Opening Mexico. The Making of a Democracy. Farrar, Straus and Giroux. New York.

Reyes, Laura, 2013: Los Grupos de Autodefensa en México, ¿Una Ventana para el Crimen? CNN México. Online unter: <http://mexico.cnn.com/nacional/2013/03/09/los-grupos-de-autodefensa-en-mexico-una-ventana-para-el-crimen>. Zuletzt aufgerufen am: 08.07.2013.

Schröter, Barbara, 2010: Klientelismus in der Politik Mexikos: Parteien im Vergleich. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.

Schulz, Christiane, 2011: Mexiko: Gewalteskalation und Straflosigkeit. Online unter: http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_lateinamerika_1112.pdf. Zuletzt aufgerufen am: 10.06.2013.

Siegert, Tiffany, 2011: Mexiko im Drogenkrieg. Akteure und Strukturen. Martin Meidenbauer Verlagsbuchhandlung. München.

Selee, Andrew D., 2011: Decentralization, Democratization, and Informal Power in Mexico. Pennsylvania State University Press. University Park.

Stavenhagen, Rudolfo, 2003: Mexico's Unfinished Symphony: The Zapatista Movement. In: *Tulchin, Joseph S./ Selee, Andrew D., 2003: Mexico's Politics and Society in Transition.* Lynne Rienner Publishers, Inc.. Boulder. S. 109-126.

TICPI (Transparency International Corruption Perception Index), 2012: Corruption Perceptions Index 2012 Brochure. Online unter:

http://issuu.com/transparencyinternational/docs/cpi_2012_report/8?e=0. Zuletzt aufgerufen am: 19.06.2013.

The Economist, 2012: Mexican Drug War. Waves of Violence. An Interactive Guide to Drug Crime in Mexico. Online unter:

<http://www.economist.com/blogs/graphicdetail/2012/11/mexican-drug-war>. Zuletzt aufgerufen am: 30.04.2013.

The Economist, 2013: Democracy Index 2012. Democracy at a Standstill. A Report from the Economist Intelligence Unit. Online unter:

https://portoncv.gov.cv/dhub/porton.por_global.open_file?p_doc_id=1034. Zuletzt aufgerufen am: 05.06.2013.

Thiery, Peter, 2006: Lateinamerika. In: *Merkel, Wolfgang/ Puhle, Hans-Jürgen/ Croissant, Aurel/ Thiery, Peter, 2006: Defekte Demokratie. Band 2: Regionalanalysen.* VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. S. 21-149.

Transparencia Mexicana, 2011: Índice Nacional de Corrupción y Buen Gobierno. Informe Ejecutivo 2010. Online unter: <http://www.tm.org.mx/wp-content/uploads/2013/05/01-INCBG-2010-Informe-Ejecutivo1.pdf>. Zuletzt aufgerufen am: 19.06.2013.

Transparency International, 2013: Corruption by Country/ Territory. Mexico. Online unter: <http://www.transparency.org/gcb2013/country/?country=mexico>. Zuletzt aufgerufen am: 19.06.2013.

Trelles, Alejandro/ Carreras, Miguel, 2012: Bullets and Votes: Violence and Electoral Participation in Mexico. In: *Journal of Politics in Latin America*, Nr. 4 (2), S. 89-123.

UNODC (United Nations Office on Drugs and Crime), 2002: Results of a Pilot Survey of Forty Selected Organized Criminal Groups in Sixteen Countries. Online unter:

http://www.unodc.org/pdf/crime/publications/Pilot_survey.pdf. Zuletzt aufgerufen am: 11.06.2013.

UNODC (United Nations Office on Drugs and Crime), 2011: Global Study on Homicide.

Trends, Contexts, Data. Online unter: http://www.unodc.org/documents/data-and-analysis/statistics/Homicide/Globa_study_on_homicide_2011_web.pdf. Zuletzt aufgerufen

am: 02.07.2013.

UNODC (United Nations Office on Drugs and Crime), 2012a: Intentional Homicide, Count and Rate per 100,000 Population (1995 - 2011). Online unter:

http://www.unodc.org/documents/data-and-analysis/statistics/crime/Homicide_statistics_2012.xls. Zuletzt aufgerufen am: 02.07.2013.

UNODC (United Nations Office on Drugs and Crime), 2012b: Transnational Organized Crime in Central America and the Caribbean. A Threat Assessment. Online unter: http://www.unodc.org/documents/data-and-analysis/Studies/TOC_Central_America_and_the_Caribbean_english.pdf. Zuletzt aufgerufen am: 23.06.2013.

UNSC (United Nations Security Council), 2004: The Rule of law and Transitional Justice in Conflict and Post-Conflict Societies. Report of the Secretary-General. Online unter: <http://www.unrol.org/files/2004%20report.pdf>. Zuletzt aufgerufen am: 06.07.2013.

Velasco, José L., 2005: Insurgency, Authoritarianism, and Drug Trafficking in Mexico's „Democratization“. Routledge. New York City.

Watt, Peter/ Zepeda, Roberto, 2012: Drug War Mexico. Politics, Neoliberalism and Violence in the New Narcoeconomy. Zed Books Ltd. New York.

Yeh, Stuart S., 2012: Is an International Treaty Needed to Fight Corruption and the Narco-Insurgency in Mexico? In: International Criminal Justice Review, Vol. 22 (3), S. 233-257.

Eigenständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die Arbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe.

Sarah David, München 11. Juli 2013